INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



KOMMT ZUR

4. ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION in MOABIT

DI. 9 Nov. '93 17°° Uhr

U9 Bahnhof Turmstraße (vor Hertie)

Nr. 260 4. November 1993

Hallo !

Zunächst das Übliche: Redaktionsschluß ist Montag.

Zum Volxsport gegen die Rentaco: Es würde uns interessieren, was ihr unter "einen Eindruck von autonomen Widerstand vermitteln" versteht.

In zwei Texten, Seite 9 und 10, haben wir sexistische Ausdrücke zensiert. Denkt mal über eure Sprache nach.

Inhalt:



Ordner:

- aus ND 25.10.93
- Communique von Boris Dumont, Gefangener in Belgien
- Kriminalisierung von Marc Rudin, Dänemark
- "Helden des Widerstands"
- ProKo zur Widerstandszelle Nadia Shehada

---

wir haben in der nacht 31.10./1.11. zwei bagger der firma ALBA in neukölln abgefackelt. ALBA scheffelte kräftig kohle bei der räumung der wagenburg am engelbecken.

solidarität mit den vertriebenen vom engelbecken!

ALBA verpiß dich!

keine räumungen mehr!

nie wieder reichshauptstadt!

wir bleiben alle!

Autonome LoderndeBaggerAktion

Aktionen gegen die Rentaco

Am 22.9.93 wurde in Potsdam die Tanzfabrik in der Gutenbergstr. von den Bullen geräumt. Die Bullen gingen dabei mit äußerster Brutalität gegen die BesetzerInnen des Hauses vor.

Mit Hilfe der Staatsgewalt sollte die HERRschende Ordnung wieder hergestellt werden und das Eigentum des West-Hausbesitzers gesichert werden - kurz, es wurde geräumt. Aber wer gibt schon gerne freiwillig ihre/seine Räume und ihre/seine Existenz her ?! Das alleine ist schon Grund genug, Widerstand zu leisten und sich mit Barrikaden und Steinen zu verteidigen.

In Berlin sind wir seit einiger Zeit immer weniger in der Lage, bei einer Räumung den Bullen überhaupt noch etwas entgegenzusetzen. In den nächsten Wochen stehen konkret weitere Räumungen besetzter Häuser und Wagenburgen bevor. Unsere Reaktion darauf muß sich verändern - überlegt Euch was .... !!!!

Mitte Oktober haben wir den eigentlichen Verantwortlichen der Räumung der Tanzfabrik in Potsdam einen Besuch abgestattet. Wir haben bei dem Geschäftssitz der Rentaco-Gruppe in Berlin in der Frobenstr. 77 und den beiden leitenden Spekulantenärschen Matthias Zipser (Heerstr. 67 f) und A. Meier (Caspar-Theiß-Str. 12) einen Eindruck von autonomen Widerstand vermittelt.

Es geht uns darum, auch nach mehreren Wochen der Räumung, den Spekulanten klarzumachen, daß ihr menschenverachtendes Geschäft nicht ohne Konsequenzen für sie bleibt, daß wir wissen, wo sie wohnen und wir jederzeit wiederkommen können.

Militante Aktionen sind und bleiben eine Möglichkeit, gemeinsam in den alltäglichen Trott dieser Stadt einzugreifen, sich Spannung und gute Laune zu verschaffen. Machen wir den frisch sanierten Alltag wieder bunter - Avanti Militanti !!!

Die besetzten Häuser und Wagenburgen verteidigen !
Berlin - NOlympic City - Keine Hauptstadt - Die Regierung STÜRZEN !

Autonome Gruppen

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Aufruf zur Demonstration:

Kein Vergessen - Eingreifen!

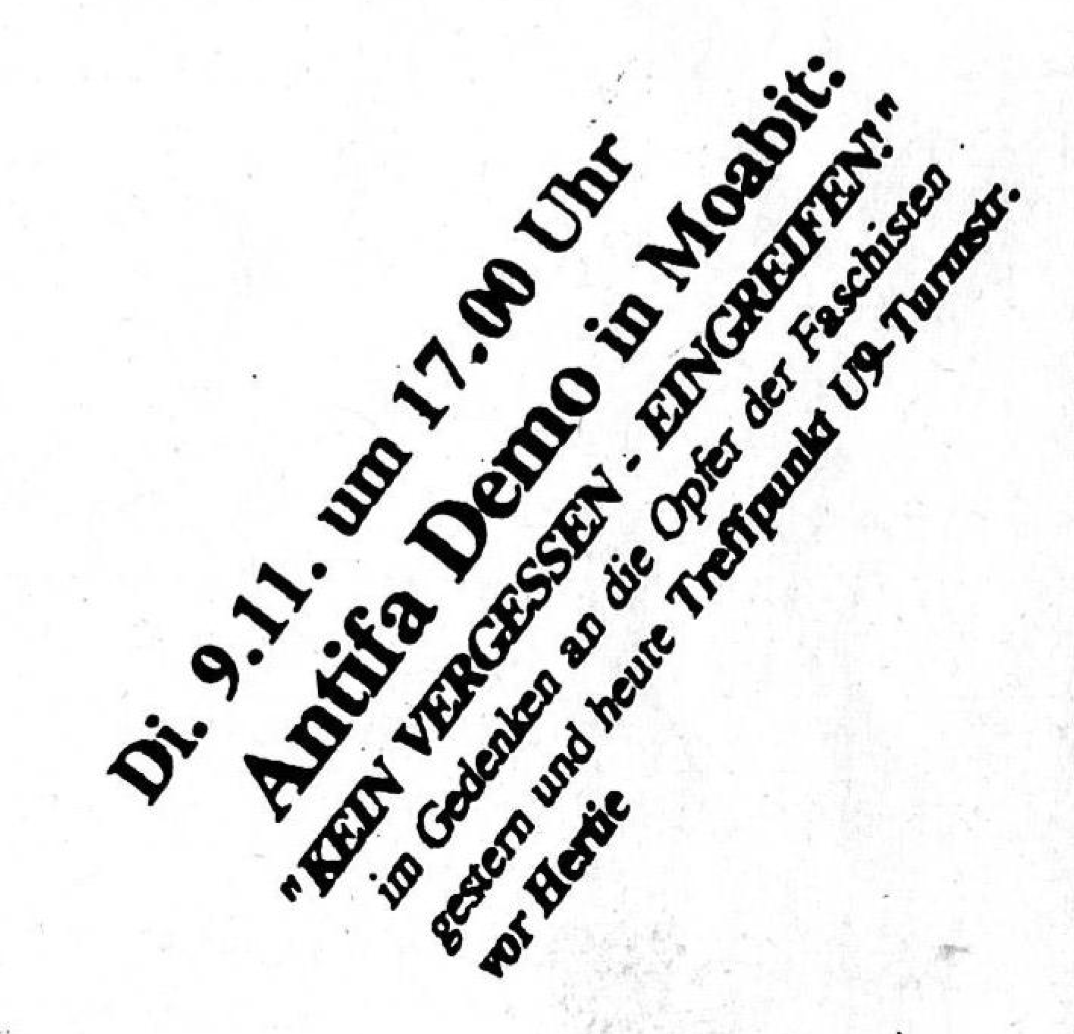
9.11.38: Reichspogromnacht; nach jahrelanger rassistischer Hetze wurden Jüdinnen und Juden in der sogenannten Reichskristallnacht gejagt, verletzt und ermordet, Synagogen niedergebrannt, Wohnungen und Geschäfte ausgeraubt. Organisierte Nazis führten die Pogrome, BürgerInnen sahen weg, schauten zu, machten mit.

55 JAHRE DANACH: 9.11.93: Die Situation ist eine andere. Aber wieder gibt es rassistische Pogrome in Deutschland. Für Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialabbau sind die 'Schuldigen' schon ausgemacht. PolitikerInnen schüren über die Medien Angst und Hass auf alles 'Fremde', die Wirtschaft diktiert rassistische Gesetze. So z.B. das neue 'Ausländergesetz' vom 26.6.92, in dem Arbeitslosigkeit oder politisches Engagement Abschiebungsgründe für Menschen sind, die zum Teil hier geboren sind oder seit Jahrzehnten in Deutschland leben und arbeiten.
Der sogenannte Asylkompromiß vom 26.5.93 richtet sich gegen alle, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen; -vor Kriegen, die im Interesse kapitalistischer Gewinne geführt werden, -vor Armut, die unsere Konsumgesellschaft erzeugt.
Die Hetze, wie während der Aysldebatte, heizt den vorhandenen Rasissmus vieler BürgerInnen kräftig an und treibt sie in die Arme der faschistischen Rattenfänger von REPs bis FAP.
Derweil herrscht Krieg auf den Straßen gegen alle, die nicht ins rechte Deutsche Weltbild passen. Seit 1989 wurden über fünfzig Menschen von Rechtsradikalen ermordet, viele starben in Häusern, die von FaschistInnen angezündet wurden. Der alltägliche Rassismus führt zu verbalen und körperlichen Angriffen. Alle, die dem nichts entgegensetzen -im Betrieb, in der Schule, auf Ämtern, in der BVG und auf der Straße- machen sich mitschuldig!
Antifaschistische Selbsthilfe bedeutet: nicht wegsehen - nicht schweigen - eingreifen...sich organisieren!

Zusammen können wir z.B.:
- die Verflechtung von konservativ- bürgerlichem Lager und Nazis aufdecken und bekämpfen
- faschistische Parteien wie die REPs, die hier in Moabit mehr als 10% der WählerInnenstimmen erhalten haben, aus der Öffentlichkeit verdrängen (Turmstraßenfest'93)
- Treffen und Aufmärsche organisierter FaschistInnen (und militanter Neonazis) ausforschen, verhindern oder angreifen
- die Verbreitung rechter Propaganda -in Zeitungen, Wurfsendungen, Plakaten, Radio und TV, be- oder verhindern
- staatliche Angriffe gegen AusländerInnen wie die in den Polizeiwachen Perlebergerstr./ Moabit und Bismarckstr. /Charlottenburg öffentlich machen und den Opfern Hilfe anbieten
- Menschen vor rassistischen und faschistischen Angriffen schützen
- uns die Staßen nehmen.

Die Moabiter Antifaschistische Demonstration folgt teilweise den Spuren der Berliner Juden und Jüdinnen, die von 1941-45 vom Moabiter Bahnhof Putlitzstraße aus zur Vernichtung in die Konzentrationslager von Auschwitz, Lublin , Lodz, Riga, Theresienstadt verschleppt wurden- vorbei an Orten rassistischer Unterdrückung von heute.
Zuviel ist geschehen und geschieht weiter, um die Zeit des Hitlerfaschismus als ein Kapitel der Deutschen Geschichte abzuhaken und zu den Akten zu legen. Versuche dieser Art, z.B. durch den CDU-Bundespräsidentschaftskandidaten Heitmann erteilen wir eine entschiedene Absage.(Zitat:"Es ist der Zeitpunkt gekommen (...) dieses Ergebnis (gemeint ist der Holocaust) einzuordnen")
Die Demonstration ist EIN Zeichen unserer Entschlossenheit, uns gegen rechte SchreibtischtäterInnen und ihre HandlangerInnen durchzusetzen.

UnterstützerInnen: AL-Tiergarten, Antifa-Bündnis Prenzlauer Berg, Antifa-Cafe-Wedding, Antifa Charlottenburg, Antirassistisches Telefon Ostberlin, AStA FU, Leben und Arbeiten e.V., SOS-Infotelefon, Sowieso e.V.



Falsche Kirschen auf Sauerrahm

"Je unbequemer jemand auftritt, um so besser erfüllt er oder sie die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft", dieses Eingeständnis beschreibt treffend die geistige Haltung des Artikels "Liebe ist wie die Kirsche auf dem Schlagrahm" in der letzten *Interim* Nr. 259, der aus der WOZ entnommen wurde. Es geht im Kern um die Anpassung individueller Beziehungsmuster an die Anforderungen an einen jungen, leistungsfähigen Mittelstand. Dabei werden alle hinderlichen Ansprüche, z.B. patriarchalische Herrschaftsverhältnisse zu thematisieren, über den Haufen geworfen.

Wir - beteiligte Männer aus der *Interim*, die an der Herstellung der letzten Ausgabe nicht beteiligt waren - haben uns sehr gewundert, daß dieser Artikel in diese Ausgabe hineingenommen wurde. Ein Beitrag, der so unverhohlen Gewaltverhältnisse verharmlost und so unkritisch gesellschaftlichen Machtverhältnissen gegenübersteht, hat nach unserer Meinung nichts in der *Interim* zu suchen. Wir denken, daß dieser Artikel ziemlich ungeeignet ist, um eine kostruktive Diskussion über Sexualttät zu führen. Zumindest hätte er kommentiert werden müssen. Die Grund, warum der Artikel veröffentlicht wurde, hätte für die LeserInnen erkennbar sein müssen, wenn mit dem Text überhaupt etwas erreicht werden kann.

"Alles ist in Ordnung, wenn es von zwei Individuen gewünscht wird, die in der Lage sind, herauszufinden, was für sie gut ist", heißt es in dem Artikel aus der WOZ. Im Kern geht es nur um sexuelle Lustbefriedigung, nach dem Motto "Sex egal wie, hauptsache unverbindlich und problemlos". In welchem gesellschaftlichen Zusammenhang die Sexualität steht, ist dabei gleichgültig. Eine solche Einstellung entspricht "gleichzeitig genau den Anforderungen, die die heutige Arbeitswelt an das Individuum stellt." Was hier in dem Artikel so ganz nebenbei als positv dargestellt wird, trifft genau die Stoßrichtung, in der sich heute die patriarchalen Verhältnisse entwickeln.

Heute geht es um eine "leistungsgerechte" Umstrukturierung der Gesellschaft: "Leistung muß sich wieder lohnen!" (so ein Wahlkampfslogan). Soziale Verantwortung steht dabei im Weg. Die momentane Modernisierung der Gesellschaft gestaltet sich so, daß durch verstärkte Flexibilisierung und individuelle Anpassung an die jeweiligen Produktionserfordernisse alle gesellschaftlichen Bereiche umstrukturiert werden. Dabei handelt es sich nicht um eine gleichmäßige Umgestaltung der Gesellschaft, nach einem einheitlichen Muster. Individuelle Anpassung in diesem Zusammenhang heißt, die wenigen bestehenden solidarischen gesellschaftlichen Strukturen abzubauen:

- Neuinterpretation des §218: Die Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen werden den betroffenen Frauen aufgebürdet
- Abbau der wenigen sozialstaatlichen Absicherungen
- Zwangsarbeit für Dauerarbeitslose
- Privatisierung der öffentlichen Kinderversorgung; Die Kosten werden auf die betroffenen Frauen, bzw. Familien abgewälzt (so ein System wird erst noch angestrebt)
- Es kommt immer häufiger vor, daß hinter vorgehaltener Hand, bei der Einstellung von Frauen für bessergestellte Jobs ein Sterilisationsnachweis gefordert wird. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist die Sterilisationsrate sprunghaft angestiegen.
- Auswahl der MigrantInnen nach ihrer Verwertungsmöglichkeit. Wer nicht benötigt wird, ist zur Abschiebung freigegeben.
- ...

Für die "Bevölkerungspolitik" bedeutet der momentane Modernisierungsprozeß, daß auf der einen Seite flexible und dynamische "Angestellte", vor allem im wachsenden Dienstleistungsbereich gebraucht werden, die bereit sind, sich schnell an neue Erfordernisse anzupassen und deswegen frei von "sozialem Ballast" sein sollten. Auf der anderen Seite wird die patriarchale Kleinfamilie in anderen Bereichen weiterhin benötigt. Die "Heim und Herd"-Ideologie steht deswegen nicht im Widerspruch zum propagierten "Single-Dasein", sondern ergänzt sich. Ohne eine stabile Kleinfamilie ist kein Staat zu machen. Dabei wird vor allem die Frau als unentgeltlich arbeitende "Hausfrau" benötigt, die für den "gesunden Nachwuchs" sorgt. Die Väter sollen freigehalten werden, für die Arbeit den "Betrieb".

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR läßt sich die Verschärfung der traditionellen Männer- und Frauenrollen gut beobachten. Gleichzeitig werden Singles (bei Frauen am besten ohne Kinder) bessere Arbeitsmöglichkeiten geboten als dem Rest der Bevölkerung. Diejenige, die bei dieser Entwicklung nicht mithalten wollen oder können (z.B. Behinderte, alleinerziehende Frauen) werden gesellschaftlich ausgegrenzt, so weit es geht. Für ihre Schicksale soll sich niemand mehr interessieren, sie existieren nur noch als Kostenfaktor. Sie sind die VerliererInnen, selbst wenn sie das System ideologisch verinnerlicht haben.
So funktional diese Strukturen im Kapitalismus umgeformt werden, so funktional betrachten die im Artikel aufgeführten fünf "Singles" ihre Beziehungen zu anderen Menschen. Von ihnen werden nur die angenehmen und /oder die ihnen nützlichen Seiten des menschlichen Miteinanders gesucht, die "unangenehmen" (wie Verantwortung übernehmen, Konflikte austragen, eigene patriarchale Verhaltensmuster zu thematisieren) werden abgestoßen. In dem Moment, in dem Menschen nicht mehr so funktionieren, wie sie es sollten (z.B. weil sie nicht so wie gewünscht sexuell zur Verfügung stehen), wird sich von ihnen getrennt oder auf sie Druck ausgeübt, da sie die ihnen zugeteilte Funktion nicht mehr erfüllen.

Dadurch, daß Liebe, Sexualität, Verantwortung und eine feste Beziehung zu Menschen, voneinander funktional getrennt werden und keine übergeordneten Ansprüche gestellt werden, wird Sexualität im "Single-Dasein" zur "Ware" und der Mensch zum "Sexualobjekt". Es geht um möglichst gute Sexualität und darum, wer im Wettbewerb am meisten sexuelle Attraktivität zu bieten hat. Der "freie Wille", der bei sexuellen Beziehungen zwischen zwei "Singles" unterstellt wird, ist pure Illusion, bedenkt mensch die gängigen Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse (denen Männer und Frauen in ganz unterschiedlicher Weise ausgesetzt sind, aufgrund ihrer unterschiedlichen Stellung in der patriarchalen Gesellschaft). Mit dieser Argumentation wird auch immer wieder von "Freiern" die Prostitution gerechtfertig, oder eine Vergewaltigung als freiwillige Übereinkunft hingestellt, da kein "Nein" zu vernehmen war. Was immer wieder als "freiwilliger" Vertragsabschluß hingestellt werden soll, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als nackter ökonomischer, meistens aber auch brutaler sozialer, psychischer und körperlicher Zwang.

Frauen sind in der herrschenden Gesellschaft immer wieder aufs neue mit der sie bedrohenden Männerwelt konfrontiert. Vergewaltigungen sind hier nur die Spitze des Eisbergs männlicher Gewalt, der sie permanent ausgesetzt sind. Frauen nehmen deswegen Situationen, die für Männer möglicherweise überhaupt keine Bedrohung darstellen, auf eine ganz andere Art und Weise wahr. Wenn wir Männer, z.B. in einer Kneipe sind, müssen wir davon ausgehen, daß Frauen hinter unserem Verhalten unter Umständen eine Bedrohung empfinden. Was für uns ein normales Kneipengespräch sein mag, kann für die betroffene Frau schon als Anmache rüberkommen, von der sie nicht weiß, was folgt und welche Absicht dahintersteckt. Die alltäglich stattfindende Gewalt gegen Frauen zeigt, wie real diese Vorsicht ist. Im Text wird darüber hinweggegangen und sogar zur verstärkten Anmache aufgefordert: "... an den einschlägigen Bartheken, beim Tanzen oder Joggen, in Bibliotheken oder Restaurants treffen sie sicher eine, die sich in ein Gespräch verwickeln läßt" heißt es im letzten Absatz.

Weiterhin kommen in dem Artikel auch vermeintliche "Opfer" von Männergruppen zu Wort: "Wir sind alle deformiert und müssen erst eine eigentliche, herrschaftsfreie und gesunde Sexualität aus uns hervorbuddeln. Es war ein permanenter Krieg der Männer gegen sich selbst, indem sie sich als Verkörperung des Patriarchats darum bemühten, nichts falsch zu machen. Man fragte sich dauernd: Wo bin ich patriarchalisch?". Die Problematik von (Hetero-) Männergruppen, sich als Mann selbst in seinem Verhalten zu thematisieren und dabei zu sich selbst und untereinander ein repressives Gefühl zu bekommen, wird in dem Text zynisch wiedergegeben. Zynisch deshalb, weil hier die Konsequenz aus einer gescheiterten Männergruppe, die es nicht schafft auch solidarische Strukturen aufzubauen, ein "Rollback" in privilegierte Männerstrukturen ist (aus denen sie anfangs ausbrechen wollten). Alles nach der Devise "wenn eine kritische Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen nicht klappt, wollen wir als recht das Gegenteil".

Es wäre auch zu wenig, die Diskussion einzig auf die Kritik des eigenen patriarchalen Denkens und Verhaltens zu richten und dabei neue Umgangsformen außer acht zu lassen. Für uns geht es darum, als Männer eigene befreiungsorientierte Lebensweisen zu entwickeln, die nicht auf Unterdrückung und Herrschaft basieren. Dazu gehöhrt vor allem auch das (Wieder-) Erlernen von Solidarität, Zärtlichkeit als gleichberechtigten Umgang auch unter uns Männern. Das wäre ein erster Schritt aus der überkommenen Männerrolle heraus. Gleichzeitig finden wir es wichtig, eine Diskussion zu führen, inwieweit die oben dargestellten Verhaltensweisen auch für uns zutreffen, und wir dadurch zur Stabilisierung patriarchaler Herrschaft beitragen, möglicherweise ohne daß wir es bewußt wollen. Es geht uns darum, unsere Widersprüche zu thematisieren und mit ihnen auch endlich mal politisch umzugehen.

So sollten wir uns in diesem Zusammenhang auch fragen:

- wo und wie gehen wir mit anderen Menschen funktional um
- wo tragen wir (auch ungewollt) zu Herrschaftsverhältnissen bei
- wie wirkt sich das in unserer Sexualität aus
- wie gestalten wir unsere Sexual-, Liebes- und anderen Beziehungen

Unser Verhältnis speziell zur Sexualität ist (zumindest unter uns Männern) im "Szenealltag" unausgesprochen. Wenn wir darüber reden, dann darüber, ob "es" Spaß gemacht hat, nicht aber welche Schwierigkeiten wir oder der/die andere damit gehabt hat.
Daß Männer von den sexuellen Herrschaftsverhältnissen schweigen, ist logisch. Ihr autistisches und usurpatorisches sexuelles Verhalten, das ihnen im Verlauf der Festigung und Erweiterung patriarchaler Macht zum scheinbar natürlichen Bedürfnis wurde, ist Teil ihrer Identität, dessen Aufgabe ihre Identität als solche bedroht. Das Frauen davon schweigen, liegt unter anderem an ihrer Identifikation mit dem Aggressor und dessen Theorien. Und an der Angst der Sklavin vor den Frösten der Freiheit. So wird das zugleich verdinglichte und Gewalt-Verhältnis der Geschlechter, das den ökonomischen und sozialen Verhältnissen zugrunde liegt, und das damit der radikalsten Aufhebung bedürfte auch von denen ignoriert, die intendieren, Gewalt- und Machtverhälnisse, Verdinglichung aufzuheben. (Ingrid Strobel in Metropolengedanken & Revolution?, Texte zur Patriarchats-, Rassismus und Internationalismusdiskussion, Berlin 1991)

Für ein kritisch-solidarisches und zärtliches Umgehen untereinander

"erfolgreich an frischer luft"

die sogenannte schere zwischen arm und reich wird bekanntermaßen immer größer. die situation der voranschreitenden armut kennen in hanau auch immer mehr menschen zu genüge.
und auch hier gibt es die wenigen reichen, die rücksichtslos mit allen spielräumen, die die "freie soziale marktwirtschaft" nur ihnen bietet, in die eigenen tasche wirtschaften und sich natürlich einen dreck um soziale gerechtigkeit scheren. sie bereichern sich immer hemmungsloser an der armut der vielen und haben auch in hanau namen, adressen, autos (und was für welche) und treffpunkte. eine der allerersten adressen ist der golfclub hanau.

abseits von neugierigen blicken, geschützte naherholung inmitten eines alten baumbestandes, gepflegte grünflächen, wanderwegen, lauschigen plätzchen an wasserstellen zum verweilen, frische luft, stille, herbststimmung erleben, natur pur, sportliche betätigung - all das ist möglich - geld sollte dabei doch keine rolle spielen:

"golf spielen auf einem der schönsten golfplätze deutschlands"

die fläche, so groß wie kesselstadt oder die ganze hanauer innenstadt, kann nur einigen wenigen zur verfügung stehen, das versteht sich von selbst. darum "ist es für neulinge heute schwerer denn je, im golfclub aufgenommen zu werden. lange wartelisten werden geführt, hohe aufnahmegebühren sind die regel."

hier kommen sie zusammen mit ihren bonzenkarossen (von der steuer abgesetzt): die high society aus hanau und ihresgleichen aus rhein-main, hessen, ja teilweise aus der ganzen brd. in diesen erlesenen kreis kommt man nicht nur mit viel kohle, man braucht unter den mitgliedern auch bürgen, damit sie unter sich bleiben. dann werden bei einer partie golf an der frischen luft (wo keiner zuhören kann) dreckige geschäfte besprochen und beim dinieren im golfhotel die gewinne gefeiert (und als geschäftsessen von der steuer abgesetzt).

wer in der brd wenig geld hat, muß sich zwangsläufig zum überlebenskünstler ausbilden. kein tag ist vor unangenehmen überraschungen sicher, fantasie ist gefragt, um das überleben zu gewährleisten. fantasie wird die erlesene elite auch brauchen, wenn sie bei der suche nach ihren 18 löchern auf einige hindernisse stoßen wird. auch wir waren nämlich in der nacht vom 26.10 auf 27.10 "erfolgreich an frischer luft" und haben ihrer schicki-micki sportart unseren volkssport entgegengesetzt.
erwerbsloseninitiativen aus der ganzen brd haben den "weltspartag", den 29.10.93, zum bundesweiten aktionstag gewählt. ihnen wollen wir mit unserer aktion unsere solidarität ausdrücken.
zur erinnerung: am "weltspartag" werden normale bürger mit kleinen geschenken abgespeist, während banken und bonzen ihre gewinne feiern.

euer reichtum kotzt uns an !

Kein Tag wie jeder andere im Arbeitsamt Lichtenberg: Die „Autonome Erwerbslose Gruppe (AEG)" zog gestern mit Trillerpfeifen, Megaphon und Sprechchören durch die Behörde, um gegen „ständige Schikanen und Kürzungen" zu demonstrieren. Den Weltspartag funktionierten Gewerkschaften und Aktionsgruppen zum Tag des Arbeitslosen um – Mit Aktionen unter anderem auf dem Wittenbergplatz.

Freitag, der 29.10.93 - ein Tag wie jeder andere im Arbeitsamt Lichtenberg ? Heute wehte ein frischer Wind durch die verstaubten Flure. Wir, gut 20 Erwerbslose, zogen mit Transparent, Trillerpfeifen, Flugblättern, Aufklebern, Sprechchören und Megaphon durch das Arbeitsamt, um klarzumachen, daß wir uns die ständigen Schikanen und Kürzungen nicht gefallen lassen. Unter dem Motto "Wir klopfen nicht an, wir treten ein" statteten wir auch einigen SachbearbeiterInnen in ihren Büros Besuche ab. Leider war das Arbeitsamt ungewöhnlich leer, was zum einen am Freitag gelegen hat, zum anderen vielleicht Folge einer Präventivmaßnahme wegen zu erwartender Aktionen war. Kurz vor Ende unseres "Rundganges" heftete sich noch ein höherer Scherge an unsere Fersen, der uns mit den Bullen drohte. Da wir sowieso fertig waren, konnten wir "leider" nicht mehr überprüfen, ob er seine Drohung wahrgemacht hatte. Die Resonanz bei Arbeitslosen und Beschäftigten war überwiegend positiv, wir hoffen, daß die Sache ein paar Diskussionen ausgelöst hat. Die Aktion ist in jedem Fall wiederholbar und ausbaufähig - haltet die Ohren offen !
Der heutige "Weltspartag" wurde von zahlreichen Erwerbslosengruppen im ganzen Bundesgebiet zum "Tag der Erwerbslosen" erklärt. Mit Kundgebungen, Infotischen, Straßentheater, Go-ins und anderen Aktionen wurde gegen die Sparpläne der Bundesregierung protestiert.
Wir werden weiterhin nicht jammern und klagen, sondern offensiv unsere "Rechte" einfordern:

Her mit der Knete! Weg mit der Schikane, Kontrolle und Zwangsarbeit !!!

Autonome Erwerbslosen - Gruppe

„Streichen bei den Reichen“

Arbeitslose prangerten am Weltspartag Sozialkürzungen an

BIELEFELD/FRANKFURT A.M., 29. Oktober (dpa/AP). Arbeitslosengruppen haben am Freitag bundesweit gegen die von der Bundesregierung geplanten Streichungen im sozialen Bereich demonstriert. Nach Auskunft der Koordinierungsstelle in Bielefeld machten Betroffene in über 200 Städten am „Weltspartag“ mit Aktionen auf ihre Situation aufmerksam und protestierten gegen die „Zerstörung des Sozialstaates“. Die Aktionen verliefen ohne Zwischenfälle.

Schwerpunkt der Proteste war Bielefeld, wo laut Polizei mehrere hundert Menschen auf die Straße gingen. Durch Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe würden „Millionen Menschen in Not und Armut getrieben“, unterstrichen mehrere Redner. Auf einem Transparent war zu lesen: „Wer heute seinen Job verliert, steigt sozial schneller ab, als er es sich vorstellen kann.“

Der Aktionstag, zu dem Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und karitative Organisationen aufgerufen hatten, stand unter dem Motto „Nicht sparen bei den Armen — Streichen bei den Reichen“. IG Metall und die evangelische Kirche forderten, den Tag in einen „Tag der Arbeitslosen“ umzubenennen. In vielfältigen Aktionen müsse gegen die Bonner Politik des Sozialabbaus demonstriert werden, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. Die Spaltung zwischen „arm und reich“ eskaliere, weil Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nicht sparen könnten, sondern zu Opfern der Bonner Demontage-Politik geworden seien.

Kein Sparen bei den Armen - Streichen bei den Reichen!

Wir klopfen nicht an, wir treten ein.......

29.10., Weltspartag - für uns kein Datum, an dem wir Gespartes zur Bank bringen können. Stattdessen finden heute in über 50 Städten im ganzen Bundesgebiet Aktionen von Erwerbslosen gegen die Sozialen Kürzungen statt. Auch wir Erwerbslosen sind heute hier, um etwas Unruhe ins Arbeitsamt zu bringen.

Arbeitszwang ist unsozial !

Erst werden große Kampagnen gegen sogenannte "Sozialbetrüger" durchgeführt: Mit der Parole "Illegal ist unsozial" werden Arbeitslose eingeschüchtert und schikaniert, die ihre magere Arbeitslosenknete mit einem Schwarzjob aufbessern. Dann beschließen hochbezahlte Minister Kürzungen, die darin gipfeln, daß wir Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe nach 2 Jahren auf dem Sozialamt landen. Dort müssen wir dann seit neustem Zwangsarbeit für 1-3 Mark die Stunde machen.

Nehmen wir uns, was wir brauchen !

Sozialleistungen sind keine Almosen. Wir haben einen Anspruch darauf! Wir verlangen das, was wir zum Leben brauchen, ohne uns dafür beschimpfen und schikanieren zu lassen oder immer mehr dafür arbeiten zu müssen.

An die Sachbearbeiter/innen:
Wir lassen nicht zu, daß ihr Euren Frust über die sich verschlechternden Bedingungen an uns Arbeitslosen auslaßt! Wehrt Euch selber gegen Maßnahmen wie Meldeappell oder den geplanten Arbeitsdienst. Das geschieht auch in anderen Städten. Wir erwarten, daß ihr Euren Ermessensspielraum maximal zu unseren Gunsten ausnutzt!

Nicht betteln, nicht bitten...

So hätten sie es gern: Die Stimmung ist bedrückt, vereinzelt sitzen wir nebeneinander in den Gängen und warten, um dann als schüchterne Bittsteller/innen in die Büros der Sachbearbeiter/innen zu schleichen.

...nur mutig gestritten !

Reden wir miteinander über unsere Sachbearbeiter/ innen, tauschen wir Tips und Infos aus und unterstützen uns gegenseitig (Wir können auch zu zweit reingehen)! Beteiligt Euch an Aktionen, überlegt Euch selber was!
Wir haben uns als Erwerbslose zusammengeschlossen, weil wir wissen, daß sich nichts verändert, wenn wir unsere Geschicke nicht in die eigene Hand nehmen!

Ohne Glanz & Gloria ins Vergessen

Aus: Meta M., Wuppertaler Frauenzeitung Nr. 16

Bericht vom 9. bundesweiten Frauenzeitungstreffen in München im Juni 1993

Kirsten Alers, Redaktion Frauen ● In den vier Jahren seit Bestehen der Meta M. sind in Aachen, Dortmund, Wesel, Nienburg, Duisburg, Bonn, Moers, Osnabrück, Frankfurt und Freiburg die lileaac, igitte, Weselerin, Nienburger Frauenzeitung, Medusa, Lila Lotta, lila lotta, Else wohin, Frankfurter Frauenblatt und die Freiburger Frauenzeitung – autonome, feministische Zeitungen – eingegangen, die sich teilweise bis zu 10 Jahren gehalten hatten. Auf dem bundesweiten Frauenzeitungstreffen im Juni diesen Jahres waren fünf der derzeit noch bestehenden und zwei Gründungsinitiativen (nur Mut!) aus Bremen und Frankfurt zu Gast bei der FRAZ (Frauenzeitung München): HFZ (Hamburg), Labecula (Hildesheim, Niedersachsen), Donna Wetter (Saarbrükken), Lava (Karlsruhe) und Meta M. (Wuppertal).

Leben kann keine der Redakteurinnen von ihrem Engagement gegen die männerdominierte, sexistische Presse und die verblödenden, klassischen Frauenzeitschriften – von einigen wenigen, zeitlich befristeten ABM-Stellen abgesehen.

Und die Zeitungen tun sich ebenfalls schwer mit dem Überleben: sie werden finanziert über Anzeigen (bis zu 50%), den Verkauf und sporadische Zuschüsse von Stadt oder Land. Die meisten Redaktionen schreiben zwar keine roten, aber auch keine schwarzen Zahlen, dümpeln so vor sich hin im regionalen Sumpf und schaffen es – auch für sie selbst erstaunlicherweise – immer wieder, alle drei bis sechs Monate eine wunderschöne, neue Ausgabe ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Die Stimmung in München war alles andere als euphorisch. Fast allen fehlt es 1. an einem beruhigenden Finanzpolster und vielen 2. an Frauen (eine oder zwei Ausgaben lassen sich zu zweit bewerkstelligen, aber dann...). Ersteren Wunsch kann sich gerade die linke, feministische Presse in Zeiten sozialer und politischer Rezession abschminken und zweiteren wahrscheinlich auch, denn frauenbezogene Zeitungsarbeit ist zwar notwendig, spannend und lustvoll, aber eben auch sehr arbeitsintensiv und zudem wie geschaffen, immer wieder in die Fettnäpfchen der linken und der Frauenszene zu stapfen – als Zeitung oder Einzelfrau, die eben auch einen unbequemen Beitrag mit ihrem Namen unterzeichnet. D.h. frau wird für diese Arbeit und ihren Mut zur Öffentlichkeit nicht gerade mit Lorbeerkränzen behängt. Außerdem scheinen nicht nur in Wuppertal alle potentiellen Redakteurinnen schon mindestens in einem anderen (Frauen-)Projekt engagiert zu sein. Neue, jüngere Frauen finden selten den Weg zur Szene (was sicherlich nicht nur an ihnen liegt, aber das soll ein anderes Mal Thema sein) und die »alten« haben zwar nicht die Einsicht in die Notwendigkeit des Widerstands, aber doch viele ihre Illusionen, manche ihren Idealismus und die meisten ihre Existenzsicherung über Eltern oder BAFöG etc. verloren – d.h. sie arbeiten (auch genügsame Feministinnen müssen mit irgendeiner Tätigkeit ihren Lebensunterhalt verdienen), haben weniger Zeit und manche sind inzwischen noch Mütter geworden...



Foto: Dieter Poschen

Es entstand die Vermutung, daß der autonomen Frauenpresse zwei Wege »offen« stehen: entweder werfen die Redaktionen nach dem 10. Aufruf an neue Frauen und dem 25. Antrag an GeldgeberInnen das Handtuch, oder sie versuchen, das Projekt zu professionalisieren, damit wenigstens ein paar Frauen ihren Lebensunterhalt verdienen können. Die zu Anfang erwähnten, eingegangenen Zeitungen ereilte ersteres Schicksal, den zweiten Weg hat als erste regionale Frauenzeitung die der Labecula aus Hildesheim/Niedersachsen eingeschlagen. Sie hat eine GmbH »glanz & gloria« gegründet und mit der Unterstützung von EG und Land im Bereich Öffentlichkeitsarbeit neun Frauen, die bisher unbezahlt die Labecula machten, Arbeitsplätze geschaffen.

Die Hamburgerinnen kritisierten das Modell Hildesheim u.a. aus der autonomen, einst für alle gültigen Einstellung heraus, sich nicht von öffentlichen Geldern abhängig zu machen (Geld macht lasch und korrumpierbar!?). Ist das die Scheidelinie? Fällt das Modell Hildesheim wirklich der autonomen, feministischen Presse in den Rücken? Gibt es keinen anderen Überlebensweg mehr? Offene Fragen – aber fast steht zu befürchten, daß die »radikale, wahre, autonome« Linie sich, wenn überhaupt, nur in den Metropolen halten kann oder dort, wo die Frauenzeitungen an Uni-Frauen-/Lesben-Referate angebunden sind (z.B. in Bochum, Mainz und München). Leichtes Unbehagen bzgl. der zukünftigen Zusammenarbeit bleibt nach München: Ist Vernetzung trotz unterschiedlicher Konzepte noch möglich? Oder werden Neid und Konkurrenz zu Ab- bzw. Ausgrenzungen führen?

DISKUSSION ZUM GEPLANTEN FRAUENSTREIK

Inhaltlich setzten sich die Redaktionen in München mit dem vom Unabhängigen Frauenverband initiierten Frauenstreik-Vorschlag für den 8. März 1994 auseinander. Die Vorstellung, daß einen Tag lang Chaos ausbricht, wenn Frauen ihre tagtäglichen Arbeiten verweigern – zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit wird von Frauen geleistet –, faszinierte. Aber es gab doch diverse Bedenken bzgl. Zielen und Durchführung des Streiks:

1. Wenn nicht sehr, sehr viele Frauen z.B. aus den Gewerkschaft mitziehen, wird das Ganze ein großer Flop, der nur den GegnerInnen nutzt.
2. Dieser Flop liegt relativ nahe, da den – zum größten Teil – prominenten Erstunterzeichnerinnen des Streikaufrufs in gewisser Weise der Bezug zur Realität fehlt; d.h. viele Frauen empfinden den Streik als aufgesetzt, fühlen sich gar instrumentalisiert.
3. Es gibt tatsächlich Bereiche, die Frauen zwar historisch gesehen aufgrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung innehaben, die aber nicht einfach einen Tag ruhen können wie Schreib- und Kaffeemaschine: Kinder, Alte, Behinderte können nicht sich selbst überlassen werden. Und was passiert, wenn Erzieherinnen und alleinerziehende Mütter streiken wollen? In vielen Bereichen werden Frauen die entstehenden Probleme wieder einmal unter sich ausmachen müssen.
4. Tritt eine Sozialhilfeempfängerin mit ihrer sie auf dem Amt ständig schikanierenden Sachbearbeiterin oder mit Hannelore Kohl gemeinsam in den Streik? Und für welche Freiheiten?
5. Der Aufruf wirkt durch die Fülle seiner Forderungen gleichzeitig naiv und lähmend, denn so werden wir gar nichts erreichen.
6. Nicht zuletzt stößt der gegenüber Migrantinnen und nicht-weißen Deutschen caritative, bevormundende, d.h. letztendlich rassistische Habitus auf.

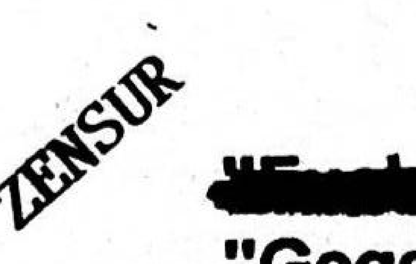
Ein Frauenstreik bleibt ein faszinierender Gedanke, ist aber zur Zeit und so nicht realistisch, meint das bundesweite Frauenzeitungstreffen. (Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: Diese Stellungnahme ist kein Boykottaufruf! Welche Möglichkeiten die Idee birgt, werden die Frauenzusammenhänge vor Ort jeweils entscheiden müssen.)

Zum Schluß blieb trotz der Unsicherheiten und unterschiedlichen Einschätzungen bzgl. der Perspektiven der autonomen Frauenpresse der Wunsch nach Vernetzung auch in Zukunft. Das 10. bundesweite Frauenzeitungstreffen wird stattfinden und zwar im Januar 1994 in Wuppertal. ●

Kontakt & Anmeldeanschrift für das Treffen in Wuppertal:
Meta M. (Frauen informieren Frauen e.V.)
Postfach 20 05 52 · 42205 Wuppertal
☎ (02 02) 50 78 78

Info zum Antifaschistischen Informationstag in Hohenschönhausen!

Wir hatten in den Programmen zur Antifaschistischen Aktionswoche angekündigt, daß am 6.11.93 im USK-Infocafe und in der Kirche daneben Veranstaltungen unter dem Titel "Power gegen Rechts" stattfinden sollen. Dazu haben sich nun leider einige Veränderungen ergeben. Wir hatten die Veranstaltungen bei der Kirche angemeldet, und uns wurde gesagt, daß der Termin in Ordnung geht. Zu unserem Entsetzen wurden sie Anfang dieser Woche plötzlich abgelehnt. (Gilt erstmal nur für die Kirche). Begründet wurde dies damit,daß die Veranstaltung zu spät angemeldet wurde, bzw. diese nicht in den Gemeindekirchenrat eingebracht worden sei, und daß dieser die Veranstaltung deshalb nicht mehr genehmigen könne.Außerdem sei das Wort Power aus der Überschrift zu " gewaltverherrlichend ". Das erstaunt uns sehr,da andere Veranstaltungen ,egal wie spät sie angemeldet wurden ,bisher immer ohne Probleme stattfinden konnten. Z.B. findet in der Woche vom 8.11.93 eine "Friedensdekade" statt, für die es keine Problem war, die Räume in der Kirche zu bekommen. Außerdem wird der Jugendklub, in dem sich unser Cafe befindet,von einem Sozialarbeiter ("Antiwehrpflichtbewegung") betreut,der ziemlich großen Einfluß im GKR hat, Warum wird nun eine Veranstaltung,wie unsere, verboten? Wir vermuten,daß bei dieser Sache der oben angesprochene Sozialarbeiter,seine Hände im Spiel hat,da er seit längerem davon redet, den Jugendklub auch für rechte Jugendliche zu öffnen. Es ist klar, daß wir das nicht zulassen werden, da unser Klub der einzige linke Jugendklub in Hohenschönhausen ist. Weiterhin sollte während der Friedensdekade eine "OI" band spielen. Komisch oder?! Zum Glück konnten wir das verhindern. Für uns ist klar,daß unsere Veranstaltung auf jeden Fall stattfinden wird. Wir denken, daß es in dieser Situation umso wichtiger ist,daß viele Leute kommen,um eine gewisse Stärke und Entschlossenheit zu demonstrieren! Also bis zum 06.11.93 im USK



"Gegen konzeptionslose Projekte mit Faschos!"

Kontaktadresse:
USK-Infocafe
Am Berl 17
13051 Berlin
(Neben dem S-Bhf. Wartenberg)

WICHTIG - WICHTIG - WICHTIG

Betrifft REPUBLIKANER-Parteitag

Suchen Zeugen, die am 23.10.1993 ca.10.30 Uhr, am Lindenufer nähe Charlottenbrücke die kleine Auseinandersetzung mit zwei jüngeren Nazis beobachtet haben, bzw. unmittelbar daran beteiligt waren.

In Folge dieser Aktion kam es zur Verhaftung eines Antifaschisten.

Die Leute die dazu Aussagen treffen können, melden sich bitte beim EA im Mehringhof.

Danke ein Antifaschist

P.S.: Schade, daß wir an diesem Tag so wenige waren und die Faschisten problemlos Ihren Parteitag durchführen konnten.

Was ist los in der Schokofabrik ?

n den letzten Jahren haben sich, unbemerkt von einem Großteil der Schokofrauen, immer mehr Frauen, die der RIM nahestehen,oder Mitgliederinnnen sind, in das Schoko-Cafe eingeklinkt.

Nun ist seit einigen Wochen der Konflikt ausgebrochen und eskaliert.

Nachdem ohne das Wissen der meisten anderen Bereiche vom Schoko-Cafe eine Veranstaltung unter dem Titel: "Frauen und die Revolution in Peru- der weltweite Kampf um das Leben von Abimael Guzman zu verteidigen"abgehalten wurde, kam es zu einer ersten öffentlichen Distanzierung von Seiten des Schokoplenums.

Mittlerweile gibt es einen Teambeschluß, durch den versucht wurde, Gruppen mit einem solchen Politikansatz in der Schokofabrik keinen Raum mehr zu geben.

An diesen Beschluß fühlt sich das Cafe jedoch nicht gebunden.

Reaktionen anderer Berliner Projekte auf die oben genannte Veranstaltung sind Distanzierungen, bzw. auch die Verweigerung von finanzieller und ideeller Unterstützung, z.B. durch das Netzwerk, solange die Schokofabrik mit Sendero Luminoso in Verbindung gebracht wird.

Nun wird über öffentliche Meinungsmache von Seiten der Cafe-Frauen versucht, der "Rest-Schoko" Rassismus zu unterstellen und damit die Ebenen der Auseinandersetzung zu verschieben.

Wir finden diese Art von Inhaltsverzerrung unerträglich, genauso wie wir es für politisch unerträglich halten, den Begriff Rassismus in einer politischen Auseinandersetzung taktisch zu mißbrauchen.

Wir betonen, daß die Schokofabrik ein Frauenstadtteilzentrum ist, das **ALLEN Frauen und Lesben** offenstehen soll.

Wogegen wir uns aber vehement wehren ist, daß sich Frauen in dieses Projekt drängen, die männlichen Ideologen anhängen und die die Schoko in erster Linie dazu benutzen von dort aus ihre autoritäre und männerorientierte Politik zu betreiben.

Wir fordern alle Frauen, die die Schoko nutzen,bzw.nutzen wollen auf, sich zu diesem Konflikt zu verhalten. Es gibt einen vom Cafe anberaumten öffentlichen Diskussionstermin: Sonntag 7.11.93 14.30 Uhr Schokocafe

einige Schokofrauen

FALSCHE HELDEN FALLEN FÜR FALSCHE EHREN

NAZIS UND MILITARISTEN ~~FUCK OFF!!~~ ZENSUR

in der nacht vom 27.10.auf den 28.10.93 haben wir den vorplatz des soldatenfriedhofs in halbe mit 1/2m großen buchstaben verziert(s.o.) auch das übrige ortsbild von halbe erfuhr eine deutliche aufbesserung durch vorher nicht vorhandene parolen gegen nazis, faschisten, rassisten und kriegstreiber.

wir wenden uns damit gegen den auch in diesem jahr (14.11.) geplanten aufmarsch von faschisten und nationalisten aus dem in-und ausland, die diesen ort seit 1990 zum anlass nehmen bundes-und europaweit kontakte zu knüpfen und sich zu organisieren. schon vor 1989 galt der friedhof als kultstätte der ddr-neonazis.

im halbe fand eine der letzten großen kesselschlachten des II.weltkrieges statt. der ss-general felix steiner gab den befehl an sein III.germanisches panzerkorps und die deutschen soldaten aus, sich nicht der weit überlegenen sowjetarmee zu ergeben, sondern in aussichtsloser position weiter für den "endsieg" zu kämpfen. unter den gefallenen waren auch viele jugendliche, die in den letzten tagen des "tausendjährigen reiches" zum "volkssturm" bestellt worden sind und opfer der durchhalteparolen der nazis wurden. (siehe antifa info nr. 20)

schon 1951 richtete der damalige pfarrer von halbe eine gedenkstätte auf dem soldatenfriedhof ein. 1991 war auch die bundeswehr bereit zeitgleich mit den faschisten eine kranzniederlegung zu zelebrieren.

das 22.000 menschen in den kriegstod gehetzt wurden, ist für uns kein anlass zum "heldengedenken".

dieser ort darf nicht länger wallfahrtsstätte der neo-nazi-szene bleiben.

auch in diesem jahr planen die nazis am 14.11. einen aufmarsch zum gedenken der waffen-ss. mit unserer aktion wollen wir zeigen, daß sie in halbe und überall sonst unerwünscht sind!!

VERHINDERT NAZIAUFMÄRSCHE!!!

SCHLAGT DIE FASCHISTEN WO IHR SIE SEHT!!!

nasch (nächtliche antifaschistische schleicherinnen)

SPANDAU ----SCHON WIEDER TREFFPUNKT FÜR FASCHISTEN!!!!!

SCHLUß DAMIT !!! AUF ZUR DEMO AM "=2o.11.93 um 12 oo uhr ab Rathaus Spandau(U 7)

Nachdem sich die Republikaner am Samstag,den 23.10. um 10oouhr in der Frühe ,von einem gigantischen Aufgebot der Herren in grün geschützt,auf einem Dampfer am Lindenufer versammeln konnten ,scheint dieser Bezirk für militante und Schlips-und Kragenfaschisten ein neuer Kristallisationspunkt ihrer Aktivitäten zu werden!

In Spandau sind Republikaner ,Wiking Jugend ,Junge Nationaldemokraten(JN), FMJ und andere lose Faschistengruppen aktiv.

Viel passiert auch aus dem Umland heraus(Nauen ,Rathenow,Dyrotz,etc.).

Wir wollen dem Treiben ein Ende setzen,wir wollen kontinuierliche Antifa-arbeit auch in diesem Bezirk leisten ,mit allen die keine Lust haben die Doitsche Jugendkultur mitzutragen!

Die Demonstration soll sich auch auf Rest-Berlin beziehen ,wie z.B.den Todestag von Silvio Meier ,der sich am Tag darauf jährt(21.11.)

Auch Mölln liegt nicht weit vom Tag unserer Demo entfernt.

Es soll eine große,bunte und laute und auch eine gemeinsame Demo werden.

FÜR FREIES FLUTEN,IMMER& ÜBERALL

Kommt zur VOLLVERSAMMLUNG AM 11.11 (Don.) in den Versammlungsraum im MEHRINGHOF UM 20.00 UHR !!!!

-ZUSAMMEN GEHÖRT UNS DIE ZUKUNFT-

GEGEN DIE GRENZEN IN DEN KÖPFEN UND AUF DEN LANDKARTEN!!!!

Aborigines gegen Olympia

Aborigines wollen afrikanische Staaten für einen Boykott der Olympischen Spiele in Sydney gewinnen, falls die australische Regierung weiterhin auf ihren angekündigten Gesetzen über die Rechte auf das Land der Aborigines besteht. Eine internationale Kampagne, die die Abhaltung der Spiele verunmöglichen soll ist bereits geplant.Die Kampagne wird erst beendet, wenn die Regierung von ihren Gesetzesplänen abrückt.

Wofür Geld da ist

Die Olympiabewerbung Berlins hat nach Angaben des Berliner Senats 55,84 Millionen Mark aus Landes- und Bundesmitteln gekostet.

Die Opposition spricht demgegenüber von 250 Millionen Mark. Das bezeichnete der Senat in einer Presseerklärung als „definitiv falsch", da hier Geld für Baumaßnahmen eingerechnet wurde, daß auch ohne Olympia in Berlin verballert wird. Ob die Schmiergelder für die IOC-Mitglieder in den 55 Millionen enthalten sind, ließ der Senat offen.

antifa-prozess: am 08/11/93 findet in moabit der prozess gegen olaf statt, nachdem er bei der ersten sitzung am 19/10 wegen nicht-erscheinens eines der hauptbelastungszeugen der anklage geplatzt war.

olaf sitzt als einziger beschuldigter seit 8 wochen in u-haft wg. landfriedenbruch, widerstand & gefährl. körperverletzung: eine richterin erlies monate nach den vorgeworfenen taten haftbefehl, worauf er auf der meldebehörde festgenommen wurde.

zur vorgeschichte:
während des "exploited"-konzerts im nov.'92 Im SO 36 wurde der "national"-sozialarbeiter MICHAEL HEINISCH (bekannt durch sein fascho-projekt in der lichtenberger pfarrstr., sowie zahlreicher auftritte in den medien) unter dem publikum erkannt.
da er sich nach eigenem bekunden mit den zielen & vorstellungen "seiner jungs" - und das waren zu der zeit in "seinem" projekt fascho-grössen wie INGO HASSELBACH (ex-vorsitzender der NA, jetzt angebl. dem nationalsozialismus abgeschworen!), HEIKO HACKMANN (ex-pressesprecher derselben militanten fascho-organisation, z.zt. wg. mordes an einem ausländer in u-haft in nürnberg), sowie an die 20 faschos aus der umgebung der weitlingstrasse (hinreichend bekannt als kommando-zentrale der schweine) - identifiziert - was so weit geht, daß er sich 'ne glatze schneidet & springerstiefel trägt - wurde er durch einige leute unsanft hinausbefördert.
da er olaf, der zu der zeit in den besetzten häusern gegenüber dem faschoprojekt in der pfarrstr. wohnte, als einzigen namentlich kannte, erstattete er gegen ihn daraufhin anzeige wegen gefährlicher körperverletzung...
heinisch leitet immer noch das wohn-projekt in der pfarrstr., wo er nach beendigung des ausbaus inzwischen selbstherrlich über das schicksal 13-16-jähriger weglaufkinder befindet: zuletzt setzte er ein 13-jähriges mädchen wegen "unangepassten verhaltens" & "verstoß gg. die hausordnung" (das halten eines hundes trotz seines verbots) vor die tür!
trotz protesten anderer sozialarbeiter setzt sich dieser "sozial"-diakon immer wieder mit unterstützung der erlöserkirche und hohen cdu-kadern durch.
für die ca. 20 an dem renovierungs-projekt beteiligten faschos hat er inzwischen ausnahmslos billige mietwohnungen besorgt...

einige monate vor diesem vorfall, im august '92 schnitten eine bande faschos - darunter INGO HASSELBACH, HACKMANN & der ebenfalls in antifakreisen hinlänglich bekannte JENS PFANNSCHMITT einem bewohner der pfarrstr. an der ecke marktstr. mit einer abgeschlagenen flasche den hals auf, wobei die schlagader nur knapp verfehlt wurde.
während eine freundin bei dem stark blutenden verletzten blieb, lief eine andere begleiterin zu den besetzten häusern um hilfe zu holen.
als die leute zur ecke kamen, hatten sich dort inzwischen ca. 200 besucher der nahegelegenen fascho-disco "elbro" - darunter 40-50 skins - auf der kreuzung versammelt, und begannen sofort steine zu werfen.

die inzwischen auch eingetroffenen bullen griffen nicht ein sondern blieben wie immer bei zusammenstößen in der pfarrstrasse in ihren wannen...
olaf wurde bei seiner ankunft an der ecke sofort - als einziger - festgenommen (ohne einen stein geworfen zu haben) & in einer bullen-wanne vor die fascho-disco gefahren, wo u.a. der HASSELBACH mehrmals in die wanne einstieg & unbehelligt wieder gehen konnte (obwohl einer der haupt-steinewerfer), während umstehende skins die herausgabe von olaf forderten und die wanne angriffen.
nach 1/2 std. fuhren ihn die bullen zum anfang der pfarrstr. zurück, um ihn dort 'rauszuschmeissen.

bei der ca. 1-1/2 stündigen strassenschlacht gingen zahlreiche geparkte und vorbeifahrende pkw zu bruch.

olaf, dem einzigen festgenommenen (gleichermassen bei den bullen, wie bei den faschos aus dem viertel bekannt), wird nun landfriedenbruch, sachbeschädigung & widerstand vorgeworfen, was bezeichnenderweise eben die initiatoren des krawalles gegen ihn aussagen: vier faschos als belastungszeugen, die selber die haupttäter sind, gedeckt durch die bullen, die überhaupt nichts gesehen haben wollen!!

olaf hat schon 8 monate auf bewährung wg. steinewerfen in einem landfriedensbruchverfahren & der oberstaatsanwalt der staatsschutzabteilung "strassenkriminalität" fordert in seiner neuen linie für steinwürfe pauschal 2-1/2 jahre.

beim geplatzten termin am 19/10 erschien HASSELBACH mit vier bullen als polizeischutz um gegen olaf auszusagen. PFANNSCHMITT und andere faschos sind ebenfalls zeugen der anklage: HACKMANN kommt zum nexten termin aus dem knast in nürnberg.

olaf sitzt stellvertretend für alle antifaschistInnen unschuldig im knast!!

kommt massenhaft zum prozess am 08/11/93 - 9h!
lasst ihn nicht allein!! er braucht unsere solidarität - beim prozess sind zahlreiche faschos anwesend!

zeugen, die bei den vorgängen in der nacht von sa. auf so. den 29/08/92, markt-ecke pfarrstr. in lichtenberg zugegen waren, gesehen haben, daß olaf unmittelbar nach verlassen der kneipe "bruchstück" in der pfarrstr. festgenommen wurde & bereit sind auszusagen, bitte bei RA Thomas Herzog im Mehringhof melden.

KEIN HANDBREIT DEN FASCHISTEN

FREIHEIT FÜR OLAF!!

einige antifaschisten

Vorsicht - *"Neue Rechte"* !

Zeitung der *"Neuen Rechten"* verteilt

Am Donnerstag dem 21.11 wurde vormittags am U-Bahnhof Thielplatz die Zeitung *"Junge Freiheit"* - ein Blatt aus der intellektuellen Braunzone von der CDU bis hin zu neofaschistischen Organisationen - kostenlos von zwei Männern und einer Frau an StudentInnen verteilt sowie im Henry- Ford-Bau und am OSI ausgelegt.

Nach den Berichten von Augenzeugen kam es dabei am U-Bahnhof zu einer Auseinandersetzung zwischen den ZeitungsverteilerInnen und einem Antifaschisten, der gegen das Verbreiten rechtsradikalen Materials aktiv wurde. Im Verlauf der entstehenden Rangelei wurde er von einem Zeitungsverteiler mit Tränengas angegriffen und, nach Beendigung der Auseinandersetzung, noch seiner Jacke beraubt, mit welcher die *JF*-SympathisantInnen verschwanden.

Die *"Junge Freiheit"*

Die *"Junge Freiheit"* ist eine neuerdings in Potsdam herausgegebene Monatszeitung (im nächsten Jahr wird ein wöchentliches Erscheinen angestrebt) mit 30.000er Auflage, die mit dem Untertitel *"Deutsche Zeitung für Politik und Kultur"* in moderner Form die Ideologie der *"Nouvelle Droite"* nicht nur an den nationalkonservativen bis faschistischen Intellektuellen, sondern auch an ein politisch noch unentschiedenes Publikum bringen will.

Die sich der *"Konservativen Revolution"* verpflichtet fühlende Redaktion bedient sich dabei eines kritisch anmutenden Stiles, der oft auch beim zweiten Nachlesen nicht unbedingt die Intention der AutorInnen - neurechte Inhalte über das eigene Publikum hinaus in den bürgerlichen sowie auch in den linksliberalen Diskurs zu verbreiten - erkennen läßt.

In der JF, die sich gerne als *"taz von rechts"* abfeiern läßt, trifft sich alles, was jenseits der christdemokratischen Mitte Rang und Namen hat - Geschichtsrevisionisten wie Ernst Nolte und Nazihistoriker wie David Irving, Rechtspolitiker von Lummer bis Schönhuber, aber leider auch selbsterklärte oder gemeinhin für "links" mißverstandene Prominente oder Politiker, die nicht begriffen haben, daß es keine Debatte mit denjenigen geben darf, die den kritischen gesellschaftlichen Diskurs nach ihrer *"konservativen Revolution"* einfach abschaffen werden, und ihre ehemaligen DiskussionspartnerInnen wohlmöglich gleich dazu.

Gegenwehr !

Nicht nur eine genaue Kenntnis von Personen und Inhalten ist notwendig um die weitere Durchsetzung rechter Ideologie zu verhindern. Auch die materiellen Möglichkeiten für neu- und altrechte Propaganda müssen verschlechtert werden. In diesem Zusammenhang halten wir es für notwendig die Verbreitung der *JF* hier an der FU möglichst einzuschränken und die Protagonisten der *"Neuen Rechten"* in der Uni (Studis wie Profs!) als mitverantwortliche für das gegenwärtige reaktionäre Roll-Back in fast allen gesellschaftlichen Bereichen - Art. 16GG, Militärpolitik, § 218, Sozialabbau ... - zu benennen.

Der AStA wird Strafanzeige wegen Raubes gegen Unbekannt stellen und bittet in diesem Zusammenhang alle ZeugInnen der Verteilaktion darum ein Gedächtnisprotokoll zur Verfügung zu stellen. Meldet Euch bitte so schnell es geht im Kiebitzweg 23, gegenüber der Rostlauben-cafeteria. Darüberhinaus bitten wir alle StudentInnen uns darüber zu informieren ob, wo und wann an ihrem Fachbereich Zeitungen verteilt oder ausgelegt werden - und von wem.

Antifaschistische Kontaktstelle

V.i.S.d.P.: AStA-FU * Kiebitzweg 23 * 14159 Berlin

ACHTUNG FASCHISTEN !

Seit kurzer Zeit versteckt sich die Redaktion der faschistischen Monatszeitung "Junge Freiheit" (JF) im Hinterhaus des Gewerbegebäudes in der Lehrter Straße 16-17 in Berlin Moabit. Unterstützt von dem Berliner Geschäftsmann Roland Wehl erstellen die neurechten Redakteure ein Blatt, in dem sie eine "konservative Revolution" und völkischen Nationalismus propagieren. Rassenhaß, Führerkult und Militarismus sind ihr Programm.
Die Zeitung dient neofaschistischen Intellektuellen, wie dem Auschwitz-Leugner David Irving und dem Kriegsschuld-Leugner Ernst Nolte, als öffentliche Plattform. Anfang 1994 will die JF ihre Auflage von 30 000 auf 100 000 Exemplare steigern und wöchentlich erscheinen. Dann soll auch die Redaktion von Berlin nach Potsdam verlegt werden. Die JF ist eine der auflagenstärksten neofaschistischen Zeitungen in der BRD.

DAS MÜSSEN WIR ÄNDERN !

- beschweren wir uns, wenn die JF im Kiosk ausliegt.
- verjagen wir die Handverteiler der JF aus den Unis und von den Straßen.
- beobachten wir die JF-Aktivitäten in der Lehrter Straße und in Potsdam.

KEIN VERGESSEN. KEIN VERGEBEN.
KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!

REDAKTEURE DER JF:



Gegen den billigen Konsens!!!

Was soll's?

Wir sind eine gemischte Gruppe aus verschiedenen (ehemals) besetzten Häusern in Friedrichshain und möchten hier Stellung nehmen zu der Hungerstreik-Aktion einiger Ex-BewohnerInnen der Waldemarstraße-Wagenburg.
Wir haben uns aus einer Reihe von Gründen (dazu später) mit den Hungerstreikenden nicht solidarisiert, wollten darüber aber erst mal nicht öffentlich reden, weil wir eine Debatte auf der "Bühne" Interim einem Diskussionsprozeß für wenig zuträglich hielten. Stattdessen hatten wir uns vorgenommen, in der nächsten Zeit die Menschen die sich am Hungerstreik beteiligt haben, zu einer Diskussion einzuladen.
Daß wir uns nun doch der "Bühne" bedienen, hat mehrere Gründe: Der Beitrag in der vorletzten Interim zum Hungerstreik hat uns klargemacht, daß eine differenzierte kritische Position zu der Aktion noch keine Selbstverständlichkeit in der "Szene" ist. Da wir aber davon ausgehen, daß weitere Räumungen auf uns zukommen und folglich weiterhin Menschen sich darüber auseinandersetzen werden, wie sie darauf reagieren, scheint eine <u>öffentliche</u> Debatte dringend nötig. Ferner hat uns die Art des Interim-Beitrags geärgert: geschickt nimmt er mögliche Kritik vorweg und spiegelt eine schlüssige Gegenargumentation vor, indem er auf marginale Elemente der kritischen Argumentation eingeht. Wir wollen versuchen, dem unsere Kritik entgegenzustellen:

Christliche Symbolik

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik sind uns permanent christliche Symbole begegnet - sei es vor Ort oder medial vermittelt. Holzkreuze, religiöse Uniformen, Gottesdienste - für uns immer noch in erster Linie Symbole eines jahrhundertewährenden repressiven Systems: sie stehen für Hexenverfolgung, Vernichtung anderer Kulturen, repressive Sexualmoral, frauenfeindliche Menschenbilder u.s.w.
Natürlich haben wir nichts dagegen, Bündnisse mit Menschen aus dem christlichen Spektrum zu versuchen. Aber dabei ist es absolut unumgänglich, genau darauf zu achten, wie wir uns in diesem Bündniss nach außen vermitteln, wie wir uns darstellen, wie wir verhindern können, unsere Positionen durch die der BündnispartnerInnen dominieren zu lassen. Den Hungerstreikenden ist dies unseres Erachtens nicht gelungen!

Verharmlosende Sprache

Auf einem Transparent bezeichneten die Hungerstreikenden ihre Räumung als "Deportation", in Gesprächen und Beiträgen auf der Fahrrad-Demo wurde der angebotene Stellplatz in Karow als "KZ" bezeichnet. So drastisch die Erfahrung einer Räumung auch sein mag, so beschissen der Platz in Karow auch ist - es gibt keinen Grund, sich dieser Vokabeln in diesem Zusammenhang zu bedienen! Vor dem spezifischen Hintergrund der deutschen Geschichte können diese Begriffe hier nur wirkliche Deportationen und KZs verharmlosen. Wir wünschen uns eine genaue Sprache und verwehren uns gegen die Tendenz, alles Kritisierenswerte gleich als "faschistisch" zu bezeichnen.

Hungerstreik-Inflation

Wir halten den Hungerstreik für eine "letzte" Aktionsform - dann angemessen, wenn mensch keine andere Möglichkeit (mehr) hat, sich widerständig zu verhalten. Weiße Deutsche außerhalb des Knastes haben unseres Erachtens andere Möglichkeiten! Wenn Ihr trotzdem zu dieser Aktionsform greift, beteiligt Ihr Euch an der gegenwärtigen Tendenz, bei allen möglichen Auseinandersetzungen in den Hungerstreik zu treten. Damit entwertet Ihr diese Aktionsform und zerstört denjenigen, denen keine oder kaum andere Möglichkeiten bleiben, ihre Handlungsräume.

Warum dies und warum gerade jetzt?

Und wenn Ihr trotz dieser Argumentation der Meinung seid, ein Hungerstreik sei die für Euch jetzt angemessene Aktion, dann erwarten wir von Euch wenigstens eine präzise Begründung dafür! Angesichts der Tatsache, daß in dieser Gesellschaft permanent absolute Schweinereien geschehen, erscheint es uns erst mal total beliebig, daß Ihr gerade jetzt eine derartige Aktion macht. Ihr müßtet dann schon begründen, warum Ihr gerade nach der x-ten Räumung einen Hungerstreik für die richtige politische Antwort haltet. Subjektive Betroffenheit und das Herunterbeten von altbekannten Floskeln genügen angesichts der katastrophalen politischen Realität in diesem Lande wohl kaum noch als Begründung.

Keine Absprachen

Zurecht erwartet Ihr von uns und den anderen Menschen in den (ehemals) besetzten Häusern Solidarität mit Euren Aktionen. Jenseits der z.T. sehr deutlichen Widersprüche zwischen uns und den Ex-BewohnerInnen der Wagenburg verbindet uns schließlich der gemeinsame Kampf gegen Umstrukturierung und Vertreibung.
Doch Solidarität setzt auch eine gemeinsame Diskussion voraus: Soweit uns inzwischen bekannt wurde, war der Hungerstreik als mögliche Antwort auf eine Räumung schon lange vor derselben bei Euch im Gespräch. Warum habt Ihr das nicht mit Leuten, die Ihr kennt, vorher diskutiert und gemeinsam überlegt, ob und von welchen Menschen eine solche schwierige Aktion getragen wird?

Mobilisierung durch Opfer-Inszenierung

Wir denken, daß Ihr Euch durch den öffentlichen Hungerstreik in die Rolle von "hilflosen Opfern" begeben habt. Sympathie für Euren Kampf mobilisiert Ihr damit bestenfalls über die "Elends-Schiene": "ach schau mal, die armen Menschen, wie schlecht es denen geht!" Wir halten dies keinesfalls für eine Basis, auf der ein politischer Kampf möglich sein kann.

Wir hoffen auf genaue Antworten auf unsere Argumene und freuen uns über jede Initiative für eine weitere öffentliche Debatte.

Wache ohne Hütte - Keile gegen Glockenklang

Die wenigen Tage polizeiterror-freier Mahnwache am Marx-Engels-Forum (zwischen Rotem Rathaus und Palast der Republik) waren am Freitag 22.10.93 gegen Mittag vorbei. Während der Suppenküche für Obdachlose erfolgte der Abriß unserer Hütte, die für uns ein wichtiger Schutz gegen Regen und Kälte war. Herr Rauner vom Naturschutz- u. Grünflächenamt Mitte war der Auftraggeber des brutalen Polizeieinsatzes und legte auch selbst Hand an. Bezirksbürgermeister Gerhard Keil hatte Tage zuvor sinngemäß erklärt: "Ich lasse mich nicht erpressen, Sanitätszelt und Hütte lehne ich ab, notfalls bringt der Krankenwagen die Leute ins Krankenhaus!" Nach diesem Polizeieinsatz waren wir am Ende unserer Kräfte und der psychischen Belastbarkeit. So haben wir am Freitag Abend den Hungerstreik beendet.

Sonnabend, 30.10.. Drei dutzend Leute löffeln den abendlichen Eintopf am ewigen Lagerfeuer. Ne große Runde palavert ruhig über total wichtige Sachen, einer spült schon mal die Suppenteller für morgen. In Bronze gegossen betrachten die beiden Begründer des Wissenschaftlichen Sozialismus gelassen das luftige Holzgestänge vor ihnen, drei Meter fünfzig hoch. Darin hängen sechs Glocken. Wer in seiner Mitte steht, kann mit einem Holzschlägel geheimnisvolle Melodien über den Platz klingen lassen. Das tun TouristInnen, MahnwächterInnen, NachbarInnen, eine nach dem anderen, geben den Stab jeweils mit den neuesten Erfahrungen von vielfältiger Klangerzeugung an die Wartenden weiter. Ein solidarischer Musikant hatte das Instrument kurz zuvor aufgestellt. Alles könnte so friedlich bleiben.

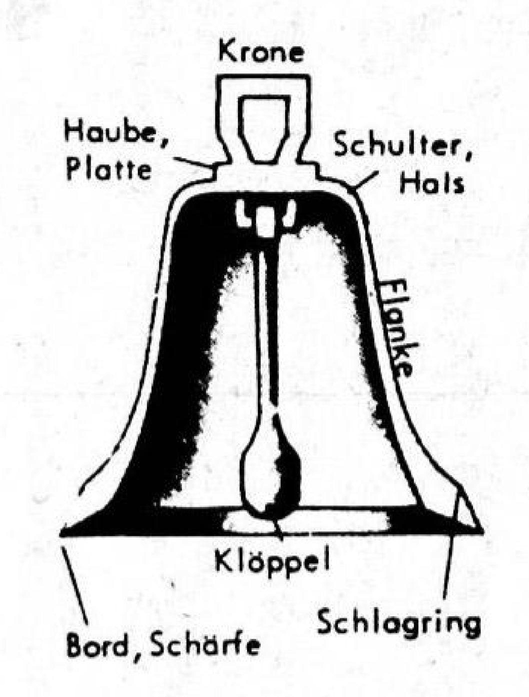
Ein Glockenspiel ist ein Glockenspiel ist ein Glockenspiel

Es nähert sich ein Polizei-Offizier und behauptet ungeheuerliches: Das Glockenspiel sei gar kein Glockenspiel sondern eine Hütte. Hütten aber, siehe oben, werden mit ihrer unverzüglichen Vernichtung und blauen Flecken für diejenigen bestraft, die darin Schutz vor Regen und Kälte suchen könnten. So hatte es dieses Bezirksamt befohlen, das manche für ein behutsames und einigermaßen linkes halten. Nun: Daß, wer Widerstand zu erkennen gibt, nächstens mit einem Krankenhausaufenthalt rechnen muß, siehe oben, das haben wir ja begriffen. Aber daß ein Glockenspiel eine Hütte sei...

Noch ungläubig versammeln wir uns vor dem Ding, das zwar nach wie vor keinen Regentropfen und keinen Windhauch abhalten kann, aber immer noch und stetig beruhigende Töne von sich gibt. Aug in Aug mit einer bewaffneten Hundertschaft. Schon ist der grün-weiße LKW bedrohlich nah, unser Glockenspiel stumm gemacht und auseinandergefetzt zu verschlingen. Der rohen Gewaltdrohung weichend, machen wir die befürchtete militärische Niederlage zu einem aufrechten Gang nach vorn:

Erste Spontandemo für die Freiheit der Musik

Immer zwei Leute heben je eine Stange des Instruments, die Spielerin in der Mitte hält klingend Schritt, und die Menschen ziehen Richtung Alexanderplatz.. Unsere Flüstertüte erläutert dem staunenden Feierabendvolk in den Fenstern die Frage, ob ein Glockenspiel eine Hütte sei. Laut und vielstimmig klingt immer wieder die altbekannte Parole: "WIR BLEIBEN ALLE!" Am Bahnhof, Kino und Hotel erzählen wir den Menschen in Kundgebungen vom Hauptstadt-Größenwahn der Bonzen und vom Widerstand, verbunden mit je einem kurzen Konzert. Mehrere Daimler verpieseln sich, eben noch geparkt, hastig in Seitenstraßen, als wir in die Berolinastraße einbiegen.



Konzert für Keil

Vor dem Haus Nummer 12: Familie Keil, obwohl anwesend, hält es nicht für nötig, die Menschen in ihre bürgermeisterliche Wohnung zu lassen. So müssen wir von der Straße aus mit Klangbeispielen auch der gesamten Nachbarschaft den Unsinn der Hütten-These belegen. Und wütende Reden prallen gegen den Plattenbau. gegen Ausgrenzung, Abschiebung und Ghettozwang.

Der Angriff der Bullen ist kurz und heftig. Drei Festnahmen und blutige Gesichter sind lehrreich für etliche ziemlich junge DemonstrantInnen.

Was haben wir bisher erreicht?

Wurde anfangs gegen uns in der Öffentlichkeit hauptsächlich als Kriminelle und Junkies gehetzt, so ist mittlerweile die Vertreibung von unerwünschten Menschen für eine saubere Innenstadt ein Thema. Sehr viele Menschen haben uns direkt ihre Solidarität und Zustimmung gezeigt. Das hat uns immer wieder viel Mut und Kraft gegeben!!! Die Vertreibungsstrategie von Senat und Bezirksamt ist bisher nicht aufgegangen: Nach der Räumung unserer Wagenburg ist keine/keiner von uns nach Karow gezogen!

Pogo-Tanz, diese originale Leierkastenfrau., ein Chor singt das Lied für "Ein Leben vor dem Tod". Das Fest am letzten Sonntag konnten wir wieder vollzählig feiern.

BESUCHT UNSERE FEUERWACHE, BESONDERS AUCH NACHTS!
NUTZT DEN PLATZ!
WIR BRAUCHEN DIE ÜBLICHEN UTENSILIEN UND MATERIALIEN UND GANZ BESONDERS EUCH!

Kontakttelefon für den Fall, daß wir wieder mal zum Umzug gezwungen werden:
614 40 52

Text im Kasten vom Mahnwache-Plenum am 25.10.
Der Rest von einem Gast, der Suppenküche mit Lagerfeuer mag.

PROTOKOLL DER HÄUSER- UND WAGENBURGEN-VV VOM 27.10.93

ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSIONSPUNKTE

- AKTIONSTAGE waren an das imaginäre "Wir"-Gefühl der BesetzerInnen gerichtet. Resultat: Wenig Resonanz aus den Häusern und Wagenburgen. Daß dieses "Wir" als politische Kraft nicht mehr groß als politische Kraft zu existieren scheint, zieht die Frage nach sich, auf welcher Basis in Zukunft der Kampf gegen Umstrukturierung/Räumung/Mieterhöhungen etc. weitergehen kann/muß.

  Am Beispiel der Besetzung und anschließenden Räumung der Jonannesstr, zu der sich trotz ausgelöster Infokette nur 50-60 Menschen motivieren ließen, ihren Arsch in Bewegung zu versetzen, wird klar, daß mit so wenig Leuten nichts möglich ist: weder werden damit Ausdrucksformen unseres Protestes deutlich, geschweige denn, daß wir irgendetwas verhindern könnten. Der größte Teil der BesetzerInnen gibt nur noch Solidaritätsbekundungen aus der Ferne (sprich aus der warmen Stube) für derartige Aktionen ab. Die Leute aus der Johannesstr. streben einen runden Tisch sowie weitere Aktionen an mit dem Ziel, Druck auf die Berliner Linie auszuüben.

  Es tritt kurz Verwirrung auf, weil sich wohl einige Mitglieder der WBA dadurch übergangen fühlen, daß ihr Slogan auch von den Häusern "benutzt" wird. Sie faßten es so auf, daß damit nur besetzte Häuser und Wagenburgen gemeint sind. In den VVs wurde aber immer wieder betont, daß damit wirklich ALLE, also auch von Zwangsräumungen bedrohte MieterInnen etc., gemeint sind.

- WIE GEHT'S WEITER:

  Allgemeiner Tenor der VV: BesetzerInnen stellen nur noch wenig Mobilisierungspotential dar. Es ist aber Fakt, daß uns nichts anderes übrig bleibt, als weiterzumachen, gerade die Wagenburgen sind kraß in ihrer Existenz bedroht. Zu einer ausführlichen inhaltlichen Auseinandersetzung fehlt die Zeit, Resignation bring genausowenig wie reiner Aktionismus und im "eigenen Brei kochen". Anknüpfen an andere Strukturen ist notwendig. Dazu muß genauer bestimmt werden, wogegen und wofür wir sind, da sich aus der Zielrichtung (z.B. bei Umstrukturierung) die Suche nach neuen BündnispartnerInnen ergibt. Das oben beschriebene imaginäre "Wir" reicht wie gesehen schon lange nicht mehr. Eine Möglichkeit könnte das Zusammentreffen mit Projekten in Berlin sein, die durch horrende Mieten in ihrer Existenz bedroht sind. Ebenso könnten sich potentiell BündnispartnerInnen wie WBA, MieterInnenverbände diverser Art, Verkehrsinitiativen, einzelne Abgeordnete etc. anbieten, wenn vermittelt werden kann, daß es uns nicht darum geht, Gruppen für unsere Belange zu instrumentalisieren, sondern darum, gemeinsam mit verschiedenem Hintergrund gegen Umstrukturierung vorzugehen, wobei die Häuser und Wagenburgen einen Teil der Betroffenen repräsentieren.

- PRAKTISCHE ÜBERLEGUNGEN DAZU:

  Bedrohte Projekte, BürgerInneninitiativen können angesprochen und eingeladen werden. Ziel: Gemeinsamkeiten/Berührungspunkte suchen, Inhalte, Perspektiven und Erfahrungen austauschen, Ideen und Widerstandsformen entwickeln (damit mal mehr als Plakate, Flugis und Demos dabei rauskommen!)

  Ziel in weiter Ferne könnte somit auch eine berlinweite Vernetzung von verschiedenen Initiativen etc. sein, die dazu dienen könnte, eine gemeinsame Kraft gegen Umstrukturierungsprozesse zu entwickeln.

  Nach einer z.T. frustrierenden Diskussion über Grenzen und Schwierigkeiten bei der Umsetzung (Willkürlichkeit der Auswahl, mangelnde Konzeptlosigkeit, eigene Kontinuität, alte Kämpfe in bestimmten Projekten, nicht-Akzeptanz von Projekten wegen staatlicher Finanzierung....) wurde sich darauf geeinigt, ein Treffen zu organisieren, welches erstmal nicht den Anspruch hat, über einen allgemeinen Austausch (brainstorming) hinauszugehen. Es kann aber dazu dienen, Konzepte für eine mögliche weitere Vorgehensweise zu entwickeln und kontinuierliche Treffs zu organisieren.

  Das Treffen soll im November (evtl. 24.11.) stattfinden, bis zum nächsten Treffen werden "Einladungspapiere" vorformuliert.

  Ein weiterer Vorschlag ging dahin, in der TU eine Veranstaltung zum Thema "Leben in der Stadt" zu organisieren, an der viele Gruppen teilnehmen. Er wurde erstmal nicht weiter diskutiert.

- T E R M I N E

  Mi 10.11. nächste Häuser- u. Wagenburgen-VV
  20.00 Uhr Buchladen Tucholskistr.

  Do 25.11. "Unter Druck" (Obdachlosenprojekt-Johannesstr.-Besetzung) - Überlegung wie weitermachen?
  20.00 Uhr Brunnenstr. 7

Offener Brief

an diejenigen Linken, die die Auseinandersetzung zwischen den DEV-SOL-Gruppen mit Politik verwechseln

Betr.: DEV SOL 27.10.1993

Liebe Freunde,

nachdem es anfangs nur in aller Munde, dann in der bürgerlichen Presse auftauchte, ist es nun auch ein Thema unter den Linken: die beiden DEV-SOL-Gruppen der "Putschisten" und der Karatas-Anhänger machen Jagd aufeinander und schießen sich gegenseitig tot.

Soweit so schlecht. Was allerdings verwundert, ist die Haltung der hiesigen Linken (in- und ausländischer Herkunft): Großenteils wird so getan, als seien die Bedri-Yagan-Anhänger (auch Putschisten genannt) die Opfer und die Karatas - Fraktion die Täter.

Dem widerspricht aber ganz offensichtlich die Realität:

1.) Worum es bei der ganzen Auseinandersetzung geht, ist inzwischen auch wohl dem Letzten klargeworden: Es ist ein reiner Machtkampf, ein Kampf um die Führung, die Gelder und die Waffen der Organisation. Dieses wird unfreiwilligerweise auch von beiden Fraktionen bestätigt: Keine Fraktion bringt gegen die jeweils andere Argumente vor, sondern betont sogar ausdrücklich, daß inhaltliche Punkte bei der Auseinandersetzung keine Rolle spielen.

   Was also bleibt, ist ein Macht- und Verteilungskampf. Ein Beleg hierfür ist auch ein teilweiser Wechsel der Anhänger von einer Fraktion zur anderen. Beim Wechsel werden dann jeweils keine politischen Argumente angeführt, sondern lediglich organisatorische oder moralische.

2.) DEV-SOL war schon immer bekannt dafür, daß die Organisation gegen ihre Kritiker Gewalt anwendet. So wurde vor Jahren in Paris ein Führungsmitglied unter dem Vorwand umgebracht, er habe mit Organisationsgeldern einen Rauschgifthandel aufgebaut.

   Ende letzten Jahres (noch vor der Spaltung!) gab es einen brutalen Überfall in Berlin auf Halk- Evi-Anhänger im Vereinslokal der DEV-SOL-Gücler, bei dem es mehrere Verletzte gab.

3.) Im Frühjahr dieses Jahres gab es einen bewaffneten Überfall von Bedri- Yagan-Anhängern auf ein Lokal in Berlin-Neukölln, in dem sich mehrere Karatas-Anhänger aufhielten.

4.) Es ist in letzter Zeit zur Bedrohung von außenstehenden Türken, Kurden und auch Deutschen durch beide Seiten gekommen, da diese angeblich die jeweils andere Fraktion unterstützen würden.

Diese Fakten sind allgemein bekannt (Literatur siehe vor allem den letzten und vorletzten ak!). Bekannt ist auch, daß beide Fraktionen Lügen, Gerüchte und Halbwahrheiten über die Vorgänge in die Welt setzen, in der Berechnung, daß Außenstehende nur unvollständig informiert sind.

Der Kampf wird immer brutaler mit Methoden geführt, die an die der Mafia oder der Faschisten erinnern. Da wird von der einen Fraktion ein Druckhaus in der Türkei in die Luft gesprengt, weil dort die sympathisierende Zeitung der anderen Fraktion gedruckt wird; da wird von der anderen Fraktion auf offener Straße in Istanbul ein gegnerisches Führungsmitglied erschossen - im Gegenzug dazu wird in einem Gefängnis ein Gefangener der Konkurrenten umgebracht. Die mörderische Qualität des Kampfes nimmt zu, es wird vermutlich noch viele Tote geben.

Die Gründe, warum dennoch eine Unterstützung durch Euch stattfindet bzw. -fand, läßt sich nur erahnen:

Zum einen wird von einem Teil von Euch der Kampf im eigenen Lager um die richtige Linie blutig geführt. Die DEV-SOL- Toten sind (auch in der BRD) nicht die ersten Opfer von Feindseligkeiten innerhalb der Linken.

Zum anderen steckt ein "linker" Rassismus speziell bei den deutschen unter Euch dahinter: Andere Kulturen schlagen sich halt, haben eine andere Mentalität, da mischen wir uns nicht ein.

Ihr mischt Euch aber ein!

Aus welchen Gründen auch immer jeweils eine Fraktion durch Euch unterstützt wurde (und zur Unterstützung zählt auch das Überlassen von Räumen etc.), seid Euch klar darüber, daß Ihr eine Organisation unterstützt, die wirklich zu allem bereit ist. Die Todeslisten auf beiden Seiten sind keine Erfindungen.

Haltet Euch also aus der Auseinandersetzung raus- brecht die Kontakte zu beiden Gruppen ab - stellt keine Räume zur Verfügung!

Einige Internationalisten und Internationalistinnen

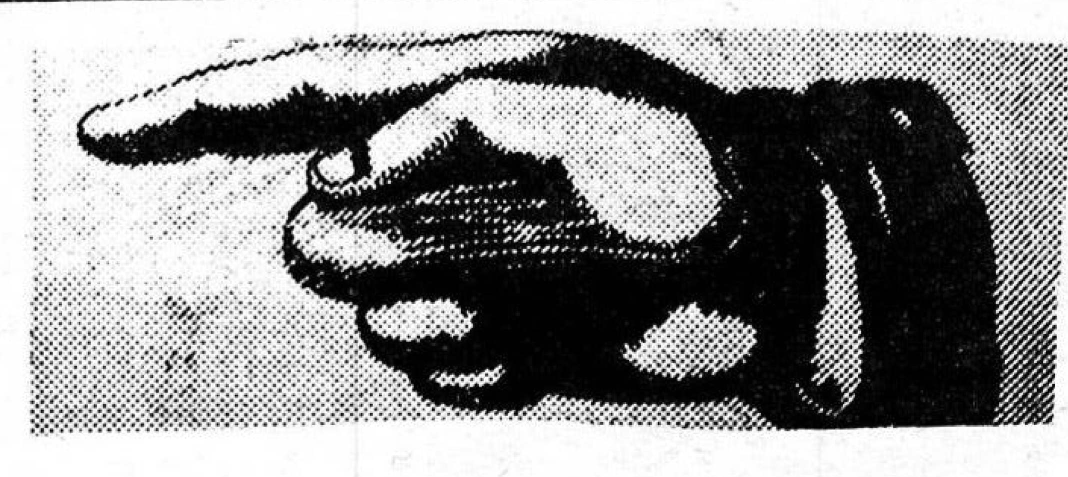
P.S.

Um den Vorwurf der feigen Anonymität vorzubeugen:

1. Verwechseln wir nicht Politik mit Abenteuerspielen (das müßten wir aber, wenn wir uns auf eine offene Auseinandersetzung mit den beiden DEV-SOL-Flügeln einlassen würden).

2. Ist es nicht wichtig, von wem ein Argument kommt, sondern lediglich, ob es richtig ist.

SOFORT BARGELD



NU ISSES SO WEIT...

Die allseits beliebte EX-Lautsprecheranlage braucht einen neuen Generator.

Da bisherige Spenden nicht ausreichen, suchen wir GeldgeberInnen zwex Finanzierung. Also: alle Leute/ Gruppen, die die Anlage wichtig finden und/oder in Anspruch nehmen...kümmert euch und sammelt, macht ne Partyoder sehröpft die Reichen...

Sagt uns Bescheid, wenn sich was tut ...und ansonstengeht doch mal wieder einen trinken im EX.

schöngruß die EXen

Die Wiederkehr der Proletarität und der Elfenbeinturm der Linken

Eine Auseinandersetzung mit Karl Heinz Roth

Mitte Juni fand in Hamburg ein von der Zeitschrift konkret organisierter Kongreß zu Stand und Perspektiven linker Politik statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung hielt Karl Heinz Roth einen Vortrag zur "Wiederkehr der Proletarität und der Angst der Linken" und zu den "Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert"; die Kernthesen dieses Referats sollem im folgenden dargestellt und kritisiert werden. Dabei wird auch auf die Parallelen zu den Ansätzen autonomer Theoriebildung vom Anfang der 80er Jahre einzugehen sein. Damit ist nicht beabsichtigt, Karl Heinz Roth bezüglich der von ihm vorgestellten Analyse der mangelnden Originalität zu zeihen - warum sollte man einmal als richtig erkannte Zusammenhänge nicht wiederholen, auch und gerade wenn sie gerade keine Konjunktur haben? Wohl aber werden die sich an die Rothsche Klassenanalyse anschließenden Politikempfehlungen vor diesem Hintergund doch einige Defizite offenbaren.

Die "Neue Armut" und der Toyotismus

Die "Neue Armut" läßt immer mehr (kritische) SozialwissenschaftlerInnen von einer "Wiederkehr von Klassenlagen" als gesellschaftliche Realität sprechen: Die "Neue Armut" in Deutschland entwickelt sich in rasantem Maße und erinnert zunehmend an den klassischen Pauperismus des 19. Jhts - so Karl Heinz Roth. Die *"integrierte Arbeiterschaft schmelze wie Schnee in der Sonne"*; es komme zur Wiederentstehung einer "Proletarität": *"[...] hinter diesem zynischen Kampfbegriff [einer reaktionären Sozialpolitik] steckt alles das, was die Verkäuferinnen und Verkäufer von Arbeitskraft inzwischen wieder massenhaft erleben: unsichere Arbeitsplätze, wegbrechende "Normalarbeitszeiten, plötzliche Lohnsenkungen, wackelig werdende Garantien für die Risiken von Krankheit, Invalidität und Alter."*

Diese Entwicklung hat aber einen völlig neuartigen Charakter. Sie entspricht deshalb nicht der Massenarmut des 19. Jahrhunderts, weil "sie sich nicht zu Beginn der kapitalistischen Industrialisierung, sondern in einer späteren und wesentlich durch Deindustrialisierungsphänomene geprägten Phase des kapitalistischen Weltsystems ereignen." Die neu entstehende Massenarmut ist nämlich Reflex der zunehmenden Ablösung der bisher dominanten fordistischen Arbeits- und Produktionsverhältnisse zu einem post-fordistischen bzw. "toyotisierten" Akkumulationsmodell.

Im Kern geht es hier um eine Flexibilisierung der Produktion durch einen graduellen Abbau innerbetrieblicher Hierarchien und eine Umstrukturierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch eine "Verschlankung" der Produktion - mit dem Ziel der Kostensenkung bzw. der Profitsicherung. Die zunehmende Auslagerung von Teilen der Produktion in Klein- und Kleinstbetriebe, den sogenannten Schwitzbuden führt zu einer Spaltung der Belegschaften in Kernbelegschaften und marginalisierte Arbeitskräfte. Es entstehen zunehmend prekäre Arbeitsbedingungen ("Entgarantisierung der Arbeit") nach dem Modell des "selbständigen Arbeiters". Die bisher dominante Biographie der sozialstaatlich und tarifpartnerschaftlich abgesicherten ArbeiterIn wird damit zunehmend zum Privileg; es kommt zu einer zunehmenden Spaltung der Arbeitsmärkte.

Auf der betrieblichen Ebene geht es um einen Reduzierung von Steuerungskosten durch den Abbau von direkter Kontrolle. Arbeitsleistung soll verstärkt durch eine Erhöhung der Identifikation der ArbeiterIn mit ihrem Betrieb etwa im Rahmen von "team production" erfolgen.

Das "neue" Konzept besteht somit zum einen aus der Weiterentwicklung der Produktions"technologie" im Sinne von Sozialtechnologie, also eine Neuorientierung der Arbeitsorganisation: "Toyotismus". Flankiert wird diese Strategie durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik: Deregulierung der Arbeitsmärkte, Abbau von sozialen Existenzgarantien, allg.: Abbau von Sozialstaatlichkeit. Dieser Prozeß ist international - Roth analysiert als Beispiele die Entwicklung in Italien, Mexiko und Osteuropa.

So wichtig eine Analyse dieser Entwicklung ist, macht sie nicht die Originalität des Beitrags aus. Tatsächlich ist sie soweit Allgemeingut kritischen Denkens bis hin zur linken Sozialdemokratie, daß die einschlägig vorbelastete Leserin fragen mag, warum sich Karl Heinz Roth darüber überhaupt noch so ausführlich meint verbreiten zu müssen. Auch in durchaus nicht-sozialdemokratischen Kreisen war man vor 10 Jahren schon ähnlich weit, wie das folgende Zitat aus der Zeitschrift Autonomie (Neue Folge) zeigt:

"Noch mehr als heute wird es daher in den kommenden Jahren um die Bereitstellung von Niedriglohn-Arbeitskraft für neue Formen der Ausbeutung und Verwertung gehen: in Kleinbetrieben, Schwitzbuden, Kontraktarbeitsverhältnissen, in Alternativen usw. [Es] wird eine neue Ungleichzeitigkeit hergestellt zwischen der hochautomatisierten Großtechnologie einerseits und den unsicheren, schlecht entlohnten, arbeitsintensiven Sektoren andererseits. Das Bindeglied bildet die Politik des gespaltenen Arbeitsmarkts. - Um einen Kern garantierter Arbeit, die gebunden bleibt an die "Megatechnologie" und die Komplexautomation, und deren Leistung und Beschäftigung hochentlohnt, gesichert und gewerkschaftlich geschützt bleibt, gruppieren sich zunehmend Randzonen von prekären Beschäftigung für die

schwächeren Anbieter auf dem Arbeitsmarkt. [...] dies sind die Zonen der Mobilität, der Jobberei und der ausgelagerten Fertigungsschritte [...]." (Thesenpapier: Sozialrevolte und Antiimperialismus, aus: Autonomie N.F. Nr ?, ca. 1982, S. 66)

Die Analyse ähnelt sich frappierend; Unterschied und Neuerung ist die Berücksichtigung der lean production bzw. des "Toyotismus". Damals ging es eher um die "Komplexautomation".



aus: Eulenspiegel

Sozusagen "objektiv" mag das wohl stimmen, heute wie vor 10 Jahren. Wie oben gesagt, sollte der Vorwurf an Roth nicht der der mangelnden Originalität sein. Es bleibt die Frage, welche politischen Handlungsmöglichkeiten sich daraus ableiten lassen.

Auf einer eher theoretischen Ebene muß zunächst geklärt werden, mit welchem Begriff von "Klasse" Roth eigentlich argumentiert. Einen orthodox-marxistischen Klassenbegriff benutzt er jedenfalls nicht: die Klassenzugehörigkeit entscheidet sich eben nicht nach der unmittelbaren Stellung der Menschen im materiellen Produktionprozeß: das "Neue Proletariat" reicht ja vom - prekär integrierten - selbständigen Transportarbeiter bis zur deklassierten Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängerin und zum taxifahrenden Linken mit zweifelhafter Stellung im Produktionprozeß. Wenn also auf die "objektiven Gegebenheiten" bei der Konstitution dieser Klasse als politisch handlungsfähiges, kollektives Subjekt nicht gebaut werden kann, bleibt als Frage diejenige, die bereits vor 10 Jahren als entscheidende gesehen wurde:

"Die Subjekte und aktiven Träger der verschiedenen Teilbereichsbewegungen in der BRD sind mehr und mehr von Jobberei und unsicherer Arbeit geprägt, und es ist die entscheidende Frage, welche verallgemeinerbaren Inhalte, Verhaltensweisen und sozialen Forderungen sie künftig mit den metropolitanen Unterklassen verbinden." (Thesenpapier: Sozialrevolte und Antiimperialismus).

Diese Frage wird von Roth nicht gthematisiert, geschweige denn daß er sie analysiert. Stattdessen werden kühne Szenarien skizziert:

"Bei allen auch weiter fortwirkenden Differenzierungen [auf die dann nicht eingegangen wird] *entsteht eine weltweite Nivellierung von Klassenlagen, die die bisherigen Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt genauso aufhebt wie alle bisherigen Strategien zur "nationalen" Fi-*

Das "Neue Proletariat" als Klasse?

Spannend werden Roths Überlegungen dort, wo sie im engeren Sinne klassenanalytisch werden. Den offenkundlichen Verlierern der "Toyotisierung", den Marginalisierten, Entgarantierten, zunächst einmal eben gerade "deklassierten" Menschen schreibt er den Status eines potentiellen Klassensubjekts zu, daß sich prinzipiell nur noch organisieren muß, um politisch gesellschaftsverändernd eingreifen zu können: das ist eben das "Neue Proletariat". Auch dies gelte international: *"Die Folge [des oben beschriebenen Prozesses] ist tendenziell ein neues Proletariat in einer kapitalistischen Welt. Die bisherigen strukturellen Klassenunterschiede der ersten, zweiten und dritten Welt werden zunehmend nivelliert, miteinander verflochten und aneinander angepaßt."*

Auch zumindest Teile der Linken sind dieser Klasse zuzurechnen: *"Inzwischen [finden sich] viele Linke aufgrund der neuesten Proletarisierungstendenzen selber in den unteren oder "prekär" gewordenen Segmenten der deregulierten Arbeitsmärkte [wieder]. ..."Der größte Teil der Linken ist heute selbst prekär, an flexibilisierte Arbeitsverhältnisse gefesselt oder freiwillig-unfreiwillig in das Lager der selbständigen ArbeiterInnen übergewechselt."* Roth schließt von der objektiven Lage vieler Linker auf eine Interessenübereinstimmung der Subjekte des "Neuen Proletariats": *"Sozialistische Politik kann, wenn wir uns* [d.h., die SozialistInnen bzw. die Linken] *nicht selbst von den Voraussetzungen und Trends der internationalen Klassenentwicklung ausklammern, zunehmend unmittelbar als proletarische Politik durchbuchstabiert werden."* Die *"Angst der Linken"*, so Karl Heinz Roth, rühre eben daher, daß sie diesen Zusammenhang nicht sehen will.

Dazu nochmals ein kleiner Rückblick: *"Wir stehen inmitten einer Reihe von Auseinandersetzungen in Teilbereichen* [gemeint ist: Hausbesetzer-, Anti-Akw-Bewegung etc.], *aber diese Revolten erschöpfen sich in kurzfristigen Aktivitäten von Militanten, die selbst kaum zur Kenntnis nehmen, daß sie selbst, in ureigenster Person, Teil der neuen Massenarmut sind."* (Thesenpapier: Sozialrevolte und Antiimperialismus).

xierung von sozialen Emanzipationsprozessen. ...Eine sich international erneuernde Linke sollte die daraus erwachsende Chance wahrnehmen und ein weltweites Informationsnetz aufbauen, um die [...] Erfahrungen dees Widerstands gegen Proletarisierung und Pauperisierung zu verallgemeinern. Dabei wird es keine geographischen Bedeutungshierarchien und keine klasseninternen Vermittlungssprobleme mehr geben."



Von den Fabriken in den USA und Südostasien bis zu den Agrargenossenschaften in El Salvador, von der Landlosenbewegung Brasiliens bis zu den europäischen Arbeitsloseninitiativen ein Kampf! Auf die Frage, warum plötzlich alle Vermittlungsprobleme wegfallen und alle an einem Strang ziehen sollten bzw. wie das wohl anzustellen wäre, geht Roth nicht ein. An diesem Punkt zeigt sich ein folgenschweres Selbstmißverständnis. Zum einen spricht Karl Heinz Roth - vor allem am Schluß seines Textes - davon, daß sich die Linke auf das *"daraus hervorgehende neue Klassensubjekt beziehen"* und eigene Erfahrungen einbringen soll. Damit taucht aber wieder das Problem der Vermittlung zwischen objektiven Klassenlagen und subjektiven (Bewußtseins)-Strukturen auf, daß er andererseits theoretisch schon gelöst zu haben vergibt. Um nämlich aus seiner vorgestellten Strukturanalyse die Aufhebung von *"Bedeutungshierachien und klasseninternen Vermittlungsproblemen"* folgern zu können, muß seinen Überlegungen eine vulgärmaterialistische Sozialisationstheorie zugrunde liegen. Damit aber kann seine Lesart der Veränderung des Kapitalverhältnisses nicht mehr fruchtbar gemacht werden für eine Analyse der Koordinierungsprobleme innerhalb der von ihm konstatierten "Klasse". Probleme, die in der von ihm angestrebten Praxis unweigerlich entstehen, wenn angenommen wird, daß die Rothsche Nivellierung der Subjektivitäten nicht aus den objektiven Strukturen ableitbar ist, werden somit innerhalb seines theoretischen Konzeptes einfach ausgeblendet.

Der Vorschlag: *"Proletarische Zirkel"*

Statt einer Analyse liefert er einen Organisationsvorschlag: in zu gründenden *"proletarische Zirkel"* in den hiesigen Metropolen sollen sich interessierte Angehörige des "Neuen Proletariats" versammeln, Verständigungsschwierigkeiten abbauen, gemeinsame Interessen ausloten, gemeinsame Kampfformen entwickeln und so zum Kristallisationskern einer Klassenkonstitution werden. Der Verweis auf die notwendige Praxis erspart eine theoretische Analyse allerdings nicht, denn damit bleibt die Frage unbeantwortet, ob sich "proletarische Zirkel" überhaupt gründen lassen bzw. welche Schwierigkeiten bei der Entwicklung einer gesellschaftlich relevant politischen Arbeit dieser Zirkel bestehen. Implizit konzediert dies auch Karl-Heinz Roth, wenn er feststellt:

"Zweifellos steht und fällt dieser Vorschlag [proletarische Zirkel usw.] mit der Frage, ob sich für die Zersplitterung der Teilarbeitsmärkte Kampfformen definieren lassen, die im Falle ihrer Anwendung eine breite Kollektivierung von proletarisierten Verhaltens- und Lebensweisen zur Folge hat."

Allerdings dreht es sich wohl nicht nur um Kampfformen: Die Möglichkeit von unterschiedlichen Interessen, bzw. noch weiter gefaßt, von unterschiedlicher Wahrnehmung von Interessen und unterschiedlichen politischen Ausdrucksformen, geht hier flöten. Als ob es nur auf die Kampfformen ankäme, die dann anschließend irgendein Subjekt anwendet. Kampfformen sind immer auch Ausdruck subjektiver Wahrnehmung der eigenen sozialen Lage. Die unterschiedlichen TrägerInnen sozialen Protestes verfügen zwar über ähnlich strukturiertes ökonomisches Kapital (sie haben nichts mehr anzubieten), ihre kulturellen und sozialen Voraussetzungen für politisches Handeln lassen sich allerdings nicht so ohne weiteres angleichen. Den entscheidenden Fragen - wie denn nun die Subjekte zum Handeln zusammenkommen, welche Schwierigkeiten dabei bestehen und wie diese überwunden werden können - wird von Roth genauso viel Aufmerksamkeit gewidmet wie man es vor 10 Jahren tat - nämlich gar keine, die über die Konzession hinausgeht, daß diese Fragen - Tatsache! - nicht ganz irrelevant sind.

Diese Kritik gilt auch und noch viel mehr für die internationale Ebene: Wie groß sind denn vermutlich die

Gemeinsamkeiten zwischen einem brasilianischen landlosen Bauern, einem mitteleuropäischen Facharbeiter, der bei adia jobbt, und einem taxifahrenden Doktor der Philosophie? Wer eine Analyse des globalen Kapitalverhältnisses betreibt, kann sich um solche Details nicht kümmern; wer aus dieser Analyse heraus politisch-praktische Vorschläge macht und dann auf diese Unterschiede nicht eingeht, betreibt Elfenbeintürmelei.

Die Reduktion der vielfältigen Sozialisationsinstanzen in der Gesellschaft auf eine einzige, nämlich den Produktionsprozeß bzw. die Stellung der Menschen in ihm, rächt sich bitter, wenn dadurch alle Unterschiede nivelliert oder als bloß ideologische weganalysiert werden, anstatt sie zum Ausgangspunkt der Reflexion zu machen. Symptomatisch für die Fehler, die sich dann einschleichen können, ist Karl Heinz Roths Wahrnehmung des Rassismus bzw. Neofaschismus: Indem er nämlich vor allem pauperisierte Jugendliche als Träger rassistischer und faschistischer Gewalttaten identifiziert, als *"noch weiter nach unten tretende Segmente"*, sitzt er vulgärmaterialistischen Mythen auf, die an der Empirie vorbeigehen (vgl. den Artikel von Birgit Rommelspacher in Umbrüche Nr.2; ersatzweise könnte man auch den neuesten Verfassungsschutzbericht lesen: Rassisten und Faschisten rekrutieren sich nicht vor allem aus Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern; die meisten sind Leute mit Lehrstelle oder regulärem Job).

Der Vorwurf an Karl Heinz Roth wiegt umso schwerer, weil mittlerweile ja Erfahrungen vorliegen, jedenfalls mehr als vor einem Jahrzehnt: Es gab ja durchaus Ansätze einer JobberInnenbewegung, und es gibt Ansätze zur internationalen Vernetzung zuhauf... diese Erfahrungen müßten dochmal ausgewertet werden, bevor man wieder die gleiche Medizin unter neuem Namen - diesmal "proletarische Zirkel" - predigt. Die JobberInnenbewegung hat doch keine größere gesellschaftliche Relevanz entwickeln können? Deswegen muß man nicht gleich miesepetrig sein und solche Konzepte von vornherein ablehnen, aber man sollte zumindest bereits vorliegende Erfahrungen berücksichtigen und analysieren, bevor man wieder Organisationsmodelle vorschlägt.

Linke Theorie kann ihren Ausgangspunkt nur an den immer weiter umsichgreifenden Individualisierungstendenzen nehmen. Wünschenswert wäre eine Analyse der Ursachen für diese Tendenzen, denn offensichtlich gelingt es den Deklassierten trotz ähnlichen objektiven Bedingungen nicht so leicht, gemeinsam zu handeln. Vielleicht braucht die Linke in Zukunft vor allem eine kräftige Prise Soziologie, jedenfalls soweit deren Theorien die Widersprüche und Interessensdivergenzen der Subjekte näher beleuchten und damit für politische Praxis handhabbar machen können, denen Karl Heinz Roth mit seiner Klassenanalyse so elegant ausgewichen ist. Und vielleicht äußert sich die von Karl Heinz Roth beschworene "Angst der Linken" vor allem darin, daß sie sich nicht traut, zunächst einmal die richtigen Fragen zu stellen, mit dem Risiko, nicht gleich die richtigen Antworten parat zu haben?

Alex & Diego

Zum Nachlesen:

K.H. Roth: Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken: Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert, ak 356/1993, S.24,26)

TAG DER ANTIPSYCHIATRIE

Im November letzten Jahres, also kurz nach den pogromartigen Überfällen auf die Unterkunft von AsylbewerberInnen in Rostock-Lichterhagen, hat eine größere Gruppe von Jugendlichen über einen Zeitraum von ungefähr 10 Tagen auf dem Gelände des Griesinger Krankenhauses, einer psychiatrischen Klinik in Berlin-Marzahn, neonazistische Parolen skandiert, Psychiatrie-Insassen angepöbelt und Einrichtungen und/oder Personen mit Molotowcocktails angegriffen. Angeblich wurde dabei weder jemand verletzt noch kam es zu nennenswerten Sachschaden.

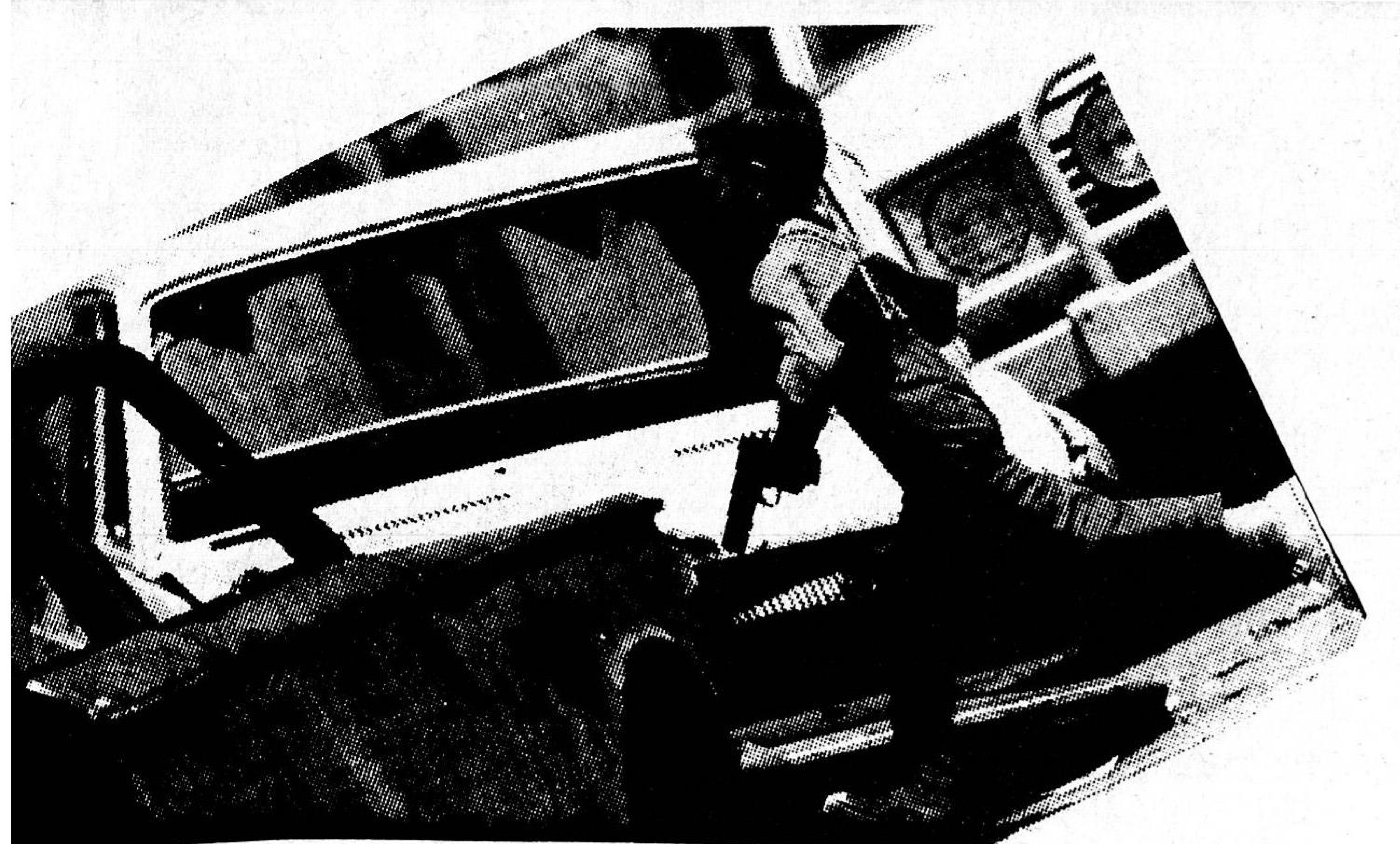
Was genau damals passiert ist und wie es möglich war, diese Vorfälle so lange erfolgreich zu vertuschen, wissen wir auch nicht. Aber die Tatsache, daß dies geschehen und vertuscht werden konnte war uns, dem Antipsychiatriearchiv im Papiertiger und die Irrenoffensive, Anlaß genug, zu einer antipsychiatrischen Informationsveranstaltung am 6. November ab 16.00 Uhr im Drugstore, Potsdamer Str. 180, Berlin-Schöneberg einzuladen. Ein Arzt aus dieser Psychiatrie hat seine Teilnahme zugesagt.

Die Vertuschung der Angriffe war aber sicherlich nur deshalb möglich, weil Psychiatrie, und alles was damit zu tun hat, in der Öffentlichkeit weitgehend tabu ist. Daher soll die Veranstaltung auch dazu genutzt werden, die ganz alltägliche Gewalt in der Psychiatrie und den Widerstand von Betroffenen dagegen darzustellen und zu diskutieren. So werden alle in Berlin aktiven, antipsychiatrischen Initiativen (Irrenoffensive, Beschwerdezentrum, Weglaufhaus) mit Infoständen und Redebeiträgen vertreten sein. Außerdem zeigen wir, in Anwesenheit des Autors Ernst Klee, den Film "Die Hölle von Uckermünde", einen Bericht über eine psychiatrische Klinik auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Nach der anschließenden Diskussion wird das Cabaret "3 nach 12" (Eine Gruppe von Psychiatriebetroffenen aus Leipzig) ein Stück von Stefan Zweig aufführen.

DRUGSTORE, Potsdamerstraße 180, Schöneberg

Einlaß: 15.00 Uhr Beginn: 16.00 Uhr

Eintritt frei !!



zur situation in kroatien

Zunächst etwas zum allgemeinen Klima und zur Situation in Zagreb und Kroatien. Dabei muß einerseits unterschieden werden zwischen Zagreb, anderen Städten und dem Land. Andererseits zwischen Gebieten ohne Kampfhandlungen und Kriegsgebiet, wie Westslawonien, der Kraijna und Teilen Dalmatiens. Wir haben uns fast ausschließlich in Zagreb aufgehalten, weil wir da die meisten Adressen hatten.
Das Straßenbild dort wird geprägt von total vielen - vor allem Männern - in Uniform. Verschiedene Polizeieinheiten, Soldaten in Tarnanzügen, teilweise mit Aufnähern, wie Cobra, Tiger, ...(oft Freiwilligen der ersten Stunden des Krieges, z.B. für Vukovar). Alle mehr oder minder schwer bewaffnet. Unter den normalen Armeeangehörigen gibt es ganz viele Jugendliche, die ihren Militärdienst ableisten müssen. Diese werden, wie wir hören, häufig auch in die vordersten Linien geschickt und mit ihrer Unerfahrenheit regelrecht verheizt.
Kroatische Fahnen an allen öffentlichen Gebäuden und Plätzen, unbenannte Straßen; das Denkmal des Tomislav (nationaler Befreiungskämpfer gegen die Ungarn) auf einem Hauptplatz in Zagreb ist bereits vor einigen Jahren aus der Blickrichtung nach Ungarn in die Richtung nach der Kraijna umgedreht worden.
Es gibt viele Baustellen, vor allem zur Restaurierung und Umbau von traditionellen Gebäuden, wie Kirchen und kroatisch - nationalen Symbolen. In der Innenstadt viele Cafes, Restaurants, Geschäfte, wo es fast alles zu kaufen gibt. Die Artikel sind, bis auf wenige Ausnahmen, umgerechnet genauso teuer wie in der BRD. Es gibt in der Zagreber Innenstadt auffällig viele extrem teuere Luxuskarossen. Aber es gibt hier weniger Wohnungen als früher. Dafür Geschäfte, zum Teil Luxushotels, Banken, Büros, usw. Hier hat in den letzten Jahren eine Vertreibung (Entkernung der Innenstadt) stattgefunden. Die hohen Mieten, die UNO-Funktionäre für Büros und Wohnungen abdrücken, haben dazu nicht unwesentlich beigetragen, wie wir hören.
Etwas abseits gibt es einen Stadtteil mit pompösen Villen, ab und zu Militärwachhäuschen mit Soldaten, vor der Tür solcher Zivilhäuser. Hier wohnt die Oligarchie, wie wir später erfahren. Ein Stück außerhalb des Stadtkerns gibt es Plattenbauten im "sozialistischen" Stil und Marktplätze, wo es Alles gibt. Von Klammotten bis zu selbstgemachtem Käse, Brot, Obst und Gemüse, das BäuerInnen hier verkaufen. Und wir werden öfters angebettelt, vor allem von alten Leuten, die von ihren Renten nicht leben können. Wir kriegen eine Ahnung vom anderen Zagreb.

Die soziale Lage der meisten Menschen hat sich, seit der "Unabhängigkeit" und Kriegsbeginn stark verschlechtert. Ein durchschnittliches Einkommen beträgt heute
umgerechnet 200,-DM im Monat, ein Familieneinkommen ca. 500,-DM. Eine normale Wohnung in Zagreb kostet 200-300,-DM, in der Innenstadt ca. 1000,-DM Miete im Monat. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei rund 30%. Obwohl viele Männer in Armee und Sondereinheiten eingebunden sind. Heute auch ein wichtiger Arbeitgeber und auch " Überlebens" - strategie für viele. Und

ebenfalls nicht mitgerechnet die über 500.000 Flüchtlinge allein in der Umgebung von Zagreb.
Arbeitslosengeld gibts für ein Jahr etwa 80% des letzten Lohnes. Sozialhilfe zwischen 20-50,-DM/Monat und eine gute Pension liegt etwa bei 100,-DM. Diese Einkommen werden zwar der monatlichen Inflation von zur Zeit etwa 30% monatlich angeglichen, hinken aber ständig hinterher, so daß das Realeinkommen ständig noch weitersinkt. Es wird aus den genannten Zahlen deutlich, daß die meisten Menschen mit einem einzigen Einkommen nicht in der Lage sind ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Ein Vorteil der "offiziellen" Einkommen ist, die Teilhabe an der Gesundheitsversicherung. Viele ältere Leute, "Behinderte", usw. sind auf die humanitäre Hilfe von Hilfsorganisationen, wie dem Roten Kreuz, angewiesen, die Pakete mit Öl, Salz, Mehl,...an Bedürftige ausgeben. Es gibt viele Menschen, oft Ältere, die diese "Hilfe" als unter ihrer Würde verstehen und sich umbringen.
Natürlich auch neben anderen Gründen, dafür haben sie nicht gelebt und gekämpft.

Weitere Überlebensstrategien sind die regelmäßige Unterstützung von verwandten ArbeitsemmigrantInnen, vor allem aus der BRD, Österreich, der Schweiz (Viele junge Leute, die für sich in Kroatien keine Zukunft mehr sehen versuchen Arbeit in westlichen Industrieländern zu finden).Und Lebensmittel von eigenen Feldern außerhalb Zagrebs und von Verwandten vom Land. Soziale Strukturen, die heute verstärkt in Anspruch genommen werden, die es aber auch schon im alten jugoslawischen System gegeben hat. Einer Struktur, die vor allem ArbeiterInnen, ein Stück weit unabhängig gemacht hat von der Disziplinierungsfunktion vom Arbeitsmarkt und -zwang. Damals Grundlage für die zahlreichen Arbeitskämpfe und fehlende Fabrikdisziplin, heute Teil der Existenzsicherung. Zumindest in den Regionen, zu denen der Krieg noch nicht vorgedrungen ist.Die Zerschlagung dieser Strukturen ist sicher auch ein Kriegsziel.
Vor allem in den Städten, wie in Zagreb, kommt dazu, auch wie eh



und je, nur zugespitzter der Schwarzarbeitsmarkt. Mehr als die Hälfte der Arbeit wird hier (vor allem im Dienstleistungsbereich) schwarz gemacht. Meist neben den offiziellen Jobs.
Genauso aus sieht es auf dem Schwarzmarkt für Waren, wo ein großer Teil von Produkten umgesetzt wird.

Noch einige Informationen zur Gesamtsituation und den Kriegsfolgen für die Wirtschaft in Kroatien. Etwa 15% der Wohnungen sind bis heute zerstört, 25% der Industrie (es ist dabei zwischen Kriegsgebieten und anderen zu unterscheiden) Das Bruttosozialprodukt (BSP.) ist um 45% zurückgegangen. Nicht zu Reden von den Hunderttausenden von Flüchtlingen bei 4,5 Millionen EinwohnerInnen. Mehr als 2/3 des BSP.´s gehen in den Krieg.
Über die Schaffung dieser desolaten Situation durch Krieg und Ausnahmezustand, konnten einige Ziele der Kriegstreiber um die Tudjman-Clique durchgesetzt werden. In erster Linie die Zerschlagung des gesellschaftlichen Eigentums (Selbstverwaltung). Das Regime hat an die Stelle der Selbstverwaltungstrukturen seine Direktoren gesetzt, alles Mitglieder der HDZ (Regierungpartei) und somit die Betriebe verstaatlicht. Die Entscheidungsstrukturen sind somit auf die Parteizentrale in Zagreb zentralisiert. Fast sämtliche Erträge werden jetzt nach Zagreb abgegeben, wo jetzt über die Verteilung des Einkommens entschieden wird. Die Senkung der Löhne, Abbau von Sozialleistungen, Freigabe der Preise, ... sind weitere Folgen, die zum Teil erst über diese Zentralisierung der Macht ermöglicht wurden.
In diesem Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierung hat sich eine regelrechte Oligarchie um Tudjman herausgebildet. Zum Teil ehemalige Funktionäre, nationalistische ExilkroatInnen, Verwandte und Freunde der alten und neuen Herrschenden, die alle heute Mitglieder und Funktionäre der HDZ geworden sind. In dieser Vetternwirtschaft ist es wichtig Parteimitglied zu sein, um Schnitte machen zu können. So ist z.B. die Jugendorganisation der alten kommunistischen Partei in Zagreb zur HDZ übergetreten.
Privatisierung läuft momentan kaum, und wenn dann als Geschäft für Mitglieder dieser Seilschaften. Der neue Eigentümer holt sich bei seinem Freund einem Bankier einen Kredit und kauft einen Betrieb, als Sicherheit für diesen Kredit bietet er die Fabrik, die er kauft. Er schafft dabei eine Menge Geld beiseite, die Firma macht pleite, die Leute fliegen raus und er macht einen guten Reibach.Daß sind keine Entgleisungen, sondern "Buisiness as usual".



Der am besten florierende Bereich ist die Rüstungsindustrie. Dieser Bereich, als auch Import und Export von Waffen, u.a. auch nach Serbien wird von einem Sohn Tudjmans kontrolliert, der ca. 25% der Erträge kassiert. Der ältere Sohn Tudjmans ist Chef der Geheimpolizei. Andere Funktionäre kontrollieren Teile des Verkaufs von Hilfsgütern der Hilfsorganisationen (etwa 50% landen auf dem Schwarzmarkt). Der Einsatz von Hilfslieferungen dient der UNO und den Nationalisten auf allen Seiten also nicht nur als Mittel zur Bevölkerungspolitik (dazu an anderer Stelle mehr), sondern deren Verknappung, bzw. "auf den Markt bringen" bringt den Funktionären auch enorme Gewinne, und die Reproduktionsstrukturen (Abhängigkeiten) werden darüber zum Teil neu strukturiert.
Das Spekulantentum, die Finanzierung des Krieges, der zusammengebrochene jugoslawische Markt führen zu einer starken Inflation und Wirtschaftskrise. Aber es gibt von Seiten der Regierung keine realistischen Konzepte wie dem zu begegnen wäre. Was sie an der Macht hält ist Krieg, Ausnahmezustand, gleichgeschaltete Medien (Pressezensur) und Repression.
Wie aus dem oben geschriebenen schon deutlich wird, gibt es eine enorme Verschärfung der Widersprüche innerhalb der kroatischen Gesellschaft. Der Großteil der Bevölkerung verarmt immer mehr, verliert soziale Bezüge und Machtpositionen (was anderer Stelle noch differenzierter darzustellen wäre). Demgegenüber steht eine Oligarchie, die immer reicher wird. Dadurch wächst natürlich auch die Unzufriedenheit. Um dem zu begegnen, versuchen sie den Leuten immer wieder Sand in die Augen zu streuen und Hoffnung zu machen auf eine friedliche Lösung innerhalb dieses Systems.. So haben sie jetzt eine Währungsreform, mit Einführung der alten kroatischen Währung von vor dem Krieg angekündigt. Danach soll dann alles besser werden. Dafür wird ein großer Propagandarummel gemacht. Aber es ist ja auch klar, daß das nichts an der Situation ändern wird. Die meisten wissen das, mehr oder weniger unterschwellig auch.
Mitte Oktober haben sie ein Anti-Inflationsprogramm beschlossen. Danach sollen die Löhne im Oktober nur um 24%, November 8%, Dezember 3% und danach nicht mehr steigen. Die Preissteigerungsrate soll auf 15% festgelegt werden, was durch Intervention durch staatliches Warenangebot durchgesetzt werden soll. Aber diese Maßnahmen laufen nur auf weiteren Lohnraub hinaus. Gleichzeitig wollen sie ein Gesetzespaket verabschieden, indem der Kündigungsschutz weiter eingeschränkt wird, Mutterschaftsurlaub auf 6 Wochen gekürzt wird, das Streikrecht weiter eingeschränkt wird, ... Schon heute dürfen Gewerkschften nur mit Zustimmung von zuständigen Behörden offiziell streiken.
Gegen diese Maßnahmen planen Gewerkschaften jetzt einen großangelegten Streik, wir sind gespannt noch davon zu hören.
Kurz noch zu den Gewerkschaften: Es gibt in Kroatien, wie in anderen Regionen Ex-Jugoslawiens viele kleine Betriebs-



Prinzipien der kroatischen Pressefreiheit (aus der "Feral Tribune" vom 8.12.92, der satirischen Beilage zu Slobodna Dalmacija)

gewerkschaften und außerdem drei große Gewerkschaftszentralen. Die HUS, eine gelbe Gewerkschaft der HDZ-Partei, die KNS, und die SSSH ein Gewerschaftsbund unabhängiger Gewerkschaften, hervorgegangen aus der reformierten alten offiziellen Zentrale. Wir haben geredet mit Leuten aus der SDU, einer sozialdemokratischen Gewerkschaft (nicht gleichzusetzen mit der SPD), leider mit sehr begrenzter Zeit. Ganz kurz zu ihnen: Sie setzen sich neben wirtschaftlichen Forderungen ein für anti-nationalistische Forderungen, wie gleiche Bürgerrechte für alle, die in Kroatien leben, unabhängig ihrer Herkunft, Beendigung des Krieges als Voraussetzung eines Wiederaufbaues der Wirtschaft, unter den Prämissen der Demokratisierung der Gesellschaft. Demokratie im politischen Bereich, und im Gegensatz zum Westen, Demokratie der Konsumenten und der Produzenten. D.h.z.B.: Was, wie, und unter welchen Bedingungen produziert wird. Auf die Frage nach ihrer Ideologie, bekommen wir die Antwort: "Laß tausend Blumen blühen!" Die SDU ist Mitglied in der SSSH. Ähnliche Gewerschaftsorganisationen gibt es auch in anderen Teilen Ex-Jugoslawiens und sie bemühen sich um eine Zusammenarbeit mit denen, wie es sie z.B. auch mit der Gewerkschaft in Tuzla (Bosnien) gibt.
Vor einem Jahr gab es einen militanten Streik der Eisembahnergewerkschaft. Der wurde zerschlagen, indem der Vorsitzende (Mitglied der SDU) ermordet wurde, die Eisenbahner wurden dem Militär unterstellt und der Streik mit militärischen Mitteln beendet. Ein übliches Mittel, um Widerstand auszuschalten, ist die Mobilisierung zum Militär. Bei Verweigerung droht Knast wegen Desertion. Was Beides zum gleichen Ziel führt. Ankündigungen zu Veranstaltungen werden von den Zeitungen mit falschen Terminen angekündigt.
Zu den Aktivitäten des Anti-Kriegszentrums, Situation der Flüchtlinge, Frauenwiderstand, andere politische Gruppierungen, Rolle der UNO an anderer Stelle mehr.



Flüchtlinge warten am Waterloo-Ufer

VIDEOS ZUR "ZEIT"GESCHICHTE:

4.11. Selbstverwaltung - Mehringhof (17 und 19 Uhr)

5.11. Häuserbesetzung - Gewerbemieten (17 Uhr)

6.11. RAF (17 und 19 Uhr)

7.11. IWF - Volkszählung - Kubat (17 und 19 Uhr)

8.11. NOlympia Video (17 und 19 Uhr)

9.11. Mauerfall - Treuhand - Rassismus (17 und 19 Uhr)

Autonomna Ženska Kuća Zagreb
Autonomes Frauenhaus Zagreb



interview mit einer mitarbeiterin des autonomen frauenhauses in zagreb

f: wie lange gibt es das autonome frauenhaus, wie ist eure entstehungsgeschichte?
a: die frauenräume existieren seit dezember 1990 und die frauengruppe, die im haus arbeitet, ist seit drei jahren in dieser konstelation zusammen.
wir kennen uns allerdings zum teil viel länger, mit einigen frauen bin ich schon achtja-hre organisiert.
das haus, was wir nun besetzt halten, war ein ehemaliges gebäude der sozialistischen jugend, was leer stand. die gelichen personen haben jetzt die kroatische jugend gegründet und eine räumungsklage gegen uns erwirkt. die klage haben wir dann verloren und sind in revision gegangen, bei dem prozess gegen den kroatischen staat, der jetzt ansteht, ist es von vorneherein klar, daß wir den prozess verlieren, und das heißt, daß dann in vier, fünf monaten die räumung ansteht.
f: habt ihr schon konkreter an der räumung überlegt, wollt ihr drinnbleiben, mobilisieren?
a: wir werden auf jeden fall viele frauen mobilisieren und protestaktionen vorbereiten, wir gehen nicht einfach raus!
f: wie sieht eure momentane arbeit im frauenhaus aus? wieviele frauen wohnen dort?
a: wir haben platz für 30 frauen und kinder und soviele wohnen auch durchgängig dort. wir begreifen diese räume als schutzräume für frauen und kinder, die von ihren männern, vätern, partnern mißbraucht/oder geschlagen wurden. unsere arbeit ist selbstorganisiert von frauen für frauen. zur zeit arbeiten im frauenhaus fest drei frauen, die sich zwei stellen teilen. seit dezember 1990 haben ca 270 frauen bei uns gewohnt und etwa soviele kinder.
f: wie hat sich eure arbeit durch den krieg verändert?
a: unsere arbeit hat sich auf verschiedenen ebenen durch den krieg verändert, einmal dadurch, daß immer mehr frauen zu uns kommen, die doppelt und dreifach mißhandelt worden sind und kriegflüchtlinge sind, gleichzeitig steigt die aggression von männern gegen frauen und kindern durch den krieg. viele männer sind von vornherein bewaffnet⊗ oder können sich ganz leicht und billig waffen besorgen. die schwelle diese waffen gegen frauen einzusetzen ist gering, es kommen viele frauen mit schußverletzungen an.
f: kannst du uns was zum alltag in zagreb erzählen, wie ist zur zeit die lebenssituation der frauen?
a: die situation hat sich für alle, aber speziell für frauen sehr verschärft. es ist sehr schwer den alltag zu organisieren, der grundlohn falls eine offizielle arbeit hat, beträgt ca 200 dm im monat, die preise abgesehen von einigen grundnah-

⊗ 80%

rungsmitteln sind fast so hoch wie in deutschland.dh.jede frau, vor allem wenn sie noch kinder hat, muß mindenstens 2, wenn nicht drei jobs.gelichzeitig annehmen um zu überleben.
die mieten kosten jetzt um die 200 bis 300 dm im monat, sozialhilfe für arme oder flüchtlinge, (mit anerkanntem flüchtlingsstatus) beträgt 50dm im monat.dazu kommt die steigende gewaltbereitschaft der männer auf den strassen.
die regierung plant jetzt ein gesetzespaket, in dem unter anderem der mutterschutzurlaub auf sechs wochen nach der geburt gekürzt wird, die frauen sollen dannach wieder arbeiten, es gibt aber keine unterbringungsmöglichkeiten für säuglinge, keine krippen oder ähnliche einrichtungen dh. die frauen sollen zu hause bleiben.private kinderbetreuung ist nicht bezahlbar.
gegen diesen gesetztesentwurf haben die unabhängigen gewerkschaften proteste angekündigt.



f:arbeitet ihr mit den gewerkschaften oder anderen teilen der opposition zusammen?
a: ja natürlich, wir sind darauf angewiesen, obwohl ein teil dieser sog. opposition nur auf dem papier besteht und resolutionen verfasst. wir arbeiten auf jeden fall mit teilen der friedensbewegung zusammen, mit flüchtlingsinitiativenund den unabhängigen gewerkschaften und mit antinationalistischen frauengruppen in belgrad, split, rijeka und sarajewo (und Ljubljana) zusammen. außerdem versuchen wir öffentlichkeit auch im ausland herzustellen und mit frauengruppen aus anderen ländern zusammenzukommen.
die opposition, hier in kroatien, ist allerdings ziemlich schwach, angesichts der ganzen situation.

f:wie sieht eure konkrete arbeit mit den frauen und kindern aus?
a:wir bieten den frauen erstmal einen schutzraum an und beratung in der jeweiligen situation, anschließend versuchen wir mit den frauen wohnung, arbeit, kinderbetreuung zu finden und begleiten sie auf ämter.

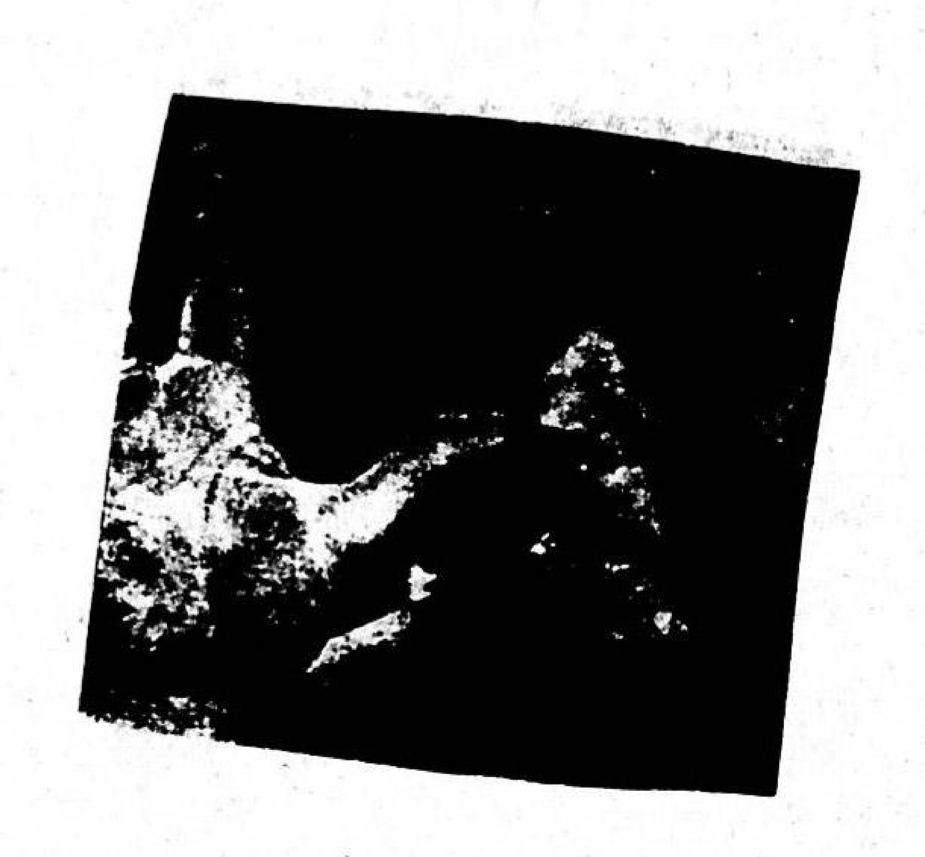
f: wie lange arbeitet ihr am tag, und wie werdet ihr bezahlt?
a:wir arbeiten unterschiedliche stundenzahl, ich habe eine volle stelle, also acht stunden, und die anderen frauen jeweils vier stunden am tag. die bezahlung ist 200 dm für eine volle stelle dh. jede von uns muß noch zusätzlich jobben um zu leben.ich habe zb. eine durchschnittliche miete für meine wohnung und ein kind ,ich könnte unmöglich nur von 2oodm leben.

f:seid´ihr von repression oder übergriffen bedroht?
a:im moment sind sehr viele gruppen von repression bedroht. bei unserem projekt läuft es einerseits durch die räumungsgefahr,und nachdem sie merken daß wir weiterarbeiten, haben sie uns (die stadt) ein großes haus, geld und unterstützung angeboten, wenn wir als vorzeigeprojekt fungieren, und uns bei jeder frau von sozialarbeitern kontrolieren lassen (was wir im moment nicht tun).
nach unserer ablehnung kam telephonisch die drohung frauen, die bei uns in der beratung waren , das sorgerecht zu entziehen! gegen diese drohung werden wir was unternehmen sobald diese drohung umgesetzt wird, denn sonst können wir unseren laden zumachen!

f:kannst du mal was zu der geschichte der frauengruppen vor und während dem krieg erzählen? ihr habt doch vor einiger zeit noch mit dem sos-telephon zusammengearbeitet.
a:vor dem frauenkongress in zagreb waren wir eine gruppe, wir hatten zwar differenzen besonders am punkt nationalismus aber in zagreb hat das dann dazu geführt, daß wir mit einer gruppe von frauen rausgegangen sind und das autonome frauenhaus gegründet haben.
f:was für ziele werden deiner meinung nach mit der repression gegen frauengruppen verfolgt?
a:kirche und staat wollen eine selbstorganisierung von frauen verhindern, und den finger auf alles in dieser richtung drauf haben.die beratungsstellen würde ich „mutter-kind" heime nennen, sie raten den frauen grundsätzlich, die kinder zu behalten, egal wie ihre lage und interessen aussehen, sie raten frauen, die mißhandelt worden sind, wieder in "ihren " familien zurückzukehren, sie sind maßgeblich mit beteiligt, wenn gesetze erlassen werden, die die situation von frauen verschärfen sollen.

f:wie können wir euch von hier aus unterstützen?
a: wichtig wäre uns eine politische unterstützung aus dem ausland, um nicht der willkür der behörden ausgeliefert zu sein, wir möchten gerne mit verschiedenen frauengruppen und gruppen der opposition zusammenarbeiten und uns austauschen.
für eine politische unterstützung gibt es verschiedene formen, die können sich die frauen in ihren ländern selbst überlegen, oder wenn sie die sprache sprechen uns hier unterstützen.
ansonsten brauchen wir natürlich geld, um uns unabhängig von der stadt ein frauenhaus zu kaufen, das kostet eine menge geld.
ich denke es ist wichtig das frauenhaus zu erhalten bzw. viele frauenhäuser zu schaffen, wir sind zur zeit das einzige frauenhaus in osteuropa.





Glaubt den Lügen der Mörder nicht !

Am 27.6.1993 wurde Wolfgang Grams in Bad Kleinen von GSG 9 Beamten erschossen. Birgit Hogefeld wurde verhaftet und sitzt seitdem in Isolationshaft; beide waren seit Jahren in der RAF organisiert. Wolfgang starb an zwei Nahschüssen, der eine in den Bauch - der andere, aus nächster Nähe, in den Kopf.

Direkt danach erfolgte eine einzigartige Vernebelungstaktik: die veröffentlichen Versionen des Tathergangs, gespickt mit Lügen, Halbwahrheiten und manchmal auch Wahrheiten, lösten einander in immer schnellerer Folge ab. Offensichtlich versuchte der Staatsschutz Zeit zu gewinnen, um nach einer gründlichen Übersättigung der Öffentlichkeit mit Neuigkeiten aus Bad Kleinen die rechtsverbindliche Version festzulegen. Dazu war es u.a. notwendig, die Aussage einer Augenzeugin [siehe Kasten] unglaubwürdig zu machen, die Spuren auf dem Bahnhof durch die eingesetzte Spurensicherung zu verwischen und vor allem aber die Gutachten des rechtsmedizinischen Instituts Lübeck und das, das die Angehörigen in Auftrag gegeben hatten, die den Mordverdacht erhärteten , durch andere Gutachten zu ersetzen.

> Ich sah dann einen Mann auf das Gleis beim Bahnsteig 4 stürzen. Der Mann lag reglos auf dem Gleis. Später er-fuhr ich dann, daß es der Wolgang Grams war. Ich dachte schon, der Grams sei tot. Dann traten zwei Beamte an den reglos daliegenden heran. Der eine Beamte bückte sich und schoß aus nächster Nähe mehrmals auf den Grams. Dabei sah der schon wie tot aus. Der Beamte bückte sich und schoß, aus nächster Nähe, wenige Zentimeter vom Kopf des Grams entfernt. Dann schoß auch der zweite Beamte auf Grams, aber mehr auf den Bauch oder die Beine. Auch der Beamte schoß mehrmals.

In dieser Kunst aus Mord bzw. Mordverdacht Selbstmord zu machen gab es bereits eine gewisse Tradition: der wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich und das gerichtsmedizinische Institut der dortigen Universität sind offenbar jederzeit bereit dem deutschen Staat das jeweils gewünschte Gutachten zu liefern. Wie 1977 die Tode im Stammheimer Knast, aufgrund eines Gutachtens, an dem u.a. der damalige Leiter des gerichtsmedizinischen Instituts Zürich beteiligt war, offiziell als Sebstmord bezeichnet wurden und diese Version gerichtlich und polizeilich mittels der §§90a (Verunglimpfung des Staates) und 129a StGB durchgesetzt wurde und wird; so soll auch heute Wolfgang Grams sich selbst erschossen haben, gegenteilige Behauptungen werden kriminalisiert. So wurden z.B. gegen einige Leute aus Wilhelmshaven wegen einer Plakataktion und gegen sechs Leute aus Köln wegen eines Transparentes, jeweils zur Ermordung von Wolfgang Grams, 129a-Verfahren eingeleitet.

Glaubt den Lügen der Mörder nicht!
Das Gutachten der Stadtpolizei Zürich, das bald veröffentlicht wird und dessen Inhalt bereits feststeht, wird uns nicht täuschen:

Wolfgang Grams wurde ermordet !

Veröffentlichung aller Untersuchungsergebnisse zu Bad Kleinen!

Sofortige Aufhebung der Totalisolation von Birgit Hogefeld!

Einstellung aller 129a-Verfahren!

Freilassung aller politischen Gefangenen!

Hallo
Wir wollen ein Plakat zu der Ermordung von Wolfgang Grams drucken
Bis jetzt gibt es wenig Gegendarstellungen zu der sich immer mehr durchzusetzenden
Selbstmordthese .Das einzige was uns bekannt ist ,das es Vorbereitungen gibt eine
Internationale Untersuchungskommission zu bilden.
Nun zum plakat: Es soll neben dem beiliegenden Text auf din1 mit Fotos zu Stammheim und Bad Kleinen
gedruckt werden.Wir haben dem Plakattext an viele politische Gruppen und Projekte geschickt und es
gibt mittlerweile schon viele Zusagen .Falls ihr mit Unterzeichnen wollt ,schickt uns eure Antwort schnell
zurück nach Berlin.Außerdem bitten wir euch auch noch andere Gruppen und Projekte anzusrechen.Der Plakattext wird bis zum Druck von uns noch atualisiert,aendert sich aber Inhaltlich nicht.Falls ihr Rückfragen habt,Postadresse siehe unten

Viele Grüsse Gefangenenini Berlin

Gefangenengruppe
c/o Papiertiger
Cuvrystr.25
10997 Berlin



Brigitte Mohnhaupt: „Der Inhalt der Beziehung ist zerstört"

Wir machen jetzt eine Sache offen, die für uns der Bruch ist im Zusammenhang der Gefangenen und in der politischen Beziehung zur RAF. Der Inhalt der Beziehung ist zerstört, eine andere Entscheidung als die Trennung nicht mehr möglich. Wir haben den Endpunkt der Entwicklung in die politische Agonie erreicht, die 1992 damit anfing, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, daß unser Leben und unser Kampf hinter unserem Rücken abgewickelt werden sollen. Seit Mai haben die Gefangenen in Celle die Abwicklung von RAF und Gefangenen in Gang gesetzt, mit Einverständnis der Illegalen.

Wir wissen das alles selbst erst seit kurzem und auch nur durch einen Zufall. Es war nicht vorgesehen, daß wir davon erfahren, weil für die Celler wie für die RAF klar war, daß niemand von unseren Gefangenen diesen Weg mitgehen wird. Wir sollten vor vollendeten Tatsachen stehen, friß oder stirb. Genau in dieser Bedeutung: Wer dann nicht „mitmacht", bleibt für immer im Knast.

Die Täuschung ist nicht nur uns gegenüber gelaufen, sondern zu allen, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind, solidarisch sind mit uns die Freiheit der Gefangenen erkämpfen wollen. Auf die eine oder andere Weise waren wir alle Einsatzmaterial im Deal.

Diesen Fahrplan schneiden wir jetzt ab. Die Situation muß für alle vollkommen klar sein, alles andere wäre verantwortungslos und politisch irre. Jede/r muß genau sehen können, was ist und wohin er oder sie jetzt will. Und für uns selbst geht es anders sowieso nicht weiter, wir könnten dann unser Leben und alle Erfahrungen in unserem Kampf gleich selbst zertreten.

Ich sage jetzt zuerst das zugrundeliegende Konzept für die Abwicklung und dann die Fakten, soweit wir sie kennen.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, Kohl könne ein Interesse daran haben, sich vor den Wahlen als derjenige darzustellen, der die „politische Lösung" gebracht und 23 Jahre Konfrontation beendet hat. Deswegen wird rechtzeitig, bevor die Wahlstrategien festgelegt sind, an Kohl die Bereitschaft von seiten der RAF und der Gefangenen signalisiert und ein konkretes Angebot gemacht.

Außerdem sollen Personen in wichtigen gesellschaftlichen Funktionen über diese Bereitschaft informiert und darauf angesprochen werden, ihrerseits bei Kohl für eine solche Lösung einzutreten. Das langfristige Kalkül dabei ist, daß – falls Kohl auf nichts eingeht – diese Personen wissen, daß die RAF sozusagen nur noch gezwungenermaßen zur Konfrontation zurückkehrt. Ihnen gegenüber soll eindeutig vermittelt werden, daß allein der Staat für eine Fortsetzung von Aktionen verantwortlich ist. Die RAF wollte ja, aber Kohl nicht.

Eine eigene politische Bestimmung und Konzeption der RAF gibt es damit nicht mehr, alles ist nur noch darauf ausgerichtet, „Druck" zu machen, um die Abwicklung zu besseren Bedingungen zu kriegen. Wie es schon mit Weiterstadt war.

So oder so ist das das Ende der Politik, für die die RAF über 20 Jahre gestanden hat, revolutionäre Intervention in der Metropole. Und das war noch nie eine Frage der Mittel allein, sondern eine des Inhalts. Wo der Inhalt hingekommen ist, sehen wir daran, daß die bewaffnete Aktion heute als Ware definiert wird.

So weit das Konzept. Es gibt einen Vermittler bei der ganzen Sache, einen früheren Anwalt von uns. Er ist der Meinung, er tue damit was für uns alle, und das sei sowieso unsere letzte Chance, jemals aus dem Knast zu kommen. Irmgard und ich haben mit ihm gesprochen, von ihm wissen wir jetzt auch den ungefähren Ablauf.

Als erster soll Edzard Reuter als führender Vertreter der Wirtschaft angesprochen werden. Das ist im Mai. Aber Reuter läßt sich nicht sprechen, der Vermittler kommt nur bis zum Sicherheitschef durch. Erst nachdem er zu „Benz" vom Verfassungsschutz geht und dessen Behörde über den Zweck informiert ist und grünes Licht gibt, bekommt er Reuter ans Telefon.

Die von Karlheinz Dellwo fixierte Linie für das Gespräch ist, Reuter anzudienen, daß eine Beendigung des Konflikts RAF–Staat auch im Interesse der Wirtschaft sei, deren zentrale Leute mit zu den Hauptbetroffenen der Auseinandersetzung gehören. Ein Schlußstrich sei möglich, der Staat wolle jedoch weiter die militärische Lösung, was nur die Verlängerung des Konflikts bedeutet. Deswegen sei es notwendig, daß Wirtschaftsführer wie Reuter den eigenen Einfluß einsetzen, um eine Lösung zu forcieren.

Reuter ist abweisend, redet schließlich mit Schnarrenberger, später mit Kohl. Kohls Antwort ist negativ.

Das ist kurz vor Bad Kleinen.

Wolfgang wird erschossen, Birgit verhaftet. Steinmetz, der dem Staat die ganze RAF ausliefern sollte, fliegt auf.

Der Vermittler geht zu Birgit, um sich zu vergewissern, ob ihre und die Zustimmung der Illegalen auch jetzt noch besteht. Birgit ist einverstanden, daß er weitermacht.

Reuter wird erneut angerufen, das Ganze sei durch Bad Kleinen nicht überholt, nur noch dringlicher. Aber Reuter will nicht mehr und lehnt ab.

Als nächstes versucht der Vermittler, die Unterstützung von Ignatz Bubis zu gewinnen, und damit eine weitere Person, deren Einfluß und Gewicht dem Celler Konzept entspricht.

Bei einem weiteren Treffen sagt Bubis zu, Gespräche in Bonn in dieser Richtung zu führen. Beweggrund ist für ihn seine Einschätzung der politischehn Entwicklung in Deutschland, daß die Gefahr von Rechts so gravierend ist, daß der Staat sich ganz darauf konzentrieren muß.

Er spricht mit Schnarrenberger, Kinkel, Kohl. Sein Vorschlag, einen Besuch in Celle zu machen, um das Ganze von den Gefangenen selbst zu hören, wird von Kohl abgelehnt, der abwarten will, was sich aus den Ermittlungen nach Bad Kleinen ergibt, wie weit sie mit der Steinmetz-Ernte kommen. Kohls Interesse heißt Fahndungserfolg, nicht Abwicklung. Und damit sähe auch die Wirtschaft ihrem Interesse Genüge getan. Ein für Ende September angesetztes Gespräch von Bubis mit Kohl und Kanther findet ebenfalls nicht statt.

Das ist der uns bekannte Stand.

Wie die Abwicklung konkret vor sich gehen soll, wissen wir nur teilweise. Als Zeichen, daß der Staat auf das Angebot eingeht, soll er die Gefangenen, die am längsten in Haft sind, freilassen, Birgit nach Frankfurt verlegen, die übrigen Gefangenen zusammenlegen. Danach käme die „Gesamtlösung", die die Illegalen einschließt. Wir wissen nicht, was sie sich vorstellen, wahrscheinlich Legalisierung nach begrenztem Exil oder kurzem Knast oder was für die übriggebliebenen Gefangenen geplant ist.

Egal auch, sollen sie ihren Weg gehen, aber offen. Nicht indem versucht wird, andere für eine Sache zu benutzen, die wir weder überblicken können noch sollen.

Es ist jetzt keine Zeit mehr, viel zu schreiben. Aber kurz will ich noch etwas sagen.

Wir versinken nicht in Bitterkeit. Die Bitterkeit war im letzten Jahr, als sichtbar wurde, daß die „Zäsur" für die RAF nicht die Öffnung zur Neubestimmung radikaler und revolutionärer Politik war, Suche und Kampf um die eigenen Vorstellungen, sondern der Schritt in die Anpassung und blanke Entpolitisierung. Das war nicht aufzuhalten, nicht weil sie nicht verstanden haben, wovon wir reden, sondern weil sie etwas anderes wollen. Sicher ist, daß revolutionäre Politik hier nur wieder Fuß fassen können wird in einer ganz neuen Entscheidung und im bewußten Bruch mit dieser Hinterlassenschaft.

Wir haben alle jetzt jede Menge zu sagen. Das kommt als nächstes. Sinn und Inhalt unserer Politik sind Teil unseres Lebens, eine untrennbar zusammengewachsene existentielle Einheit, und genauso kämpfen wir darum.

Brigitte Mohnhaupt für die Gefangenen aus der RAF in Lübeck, Köln, Frankfurt, Schwalmstadt, Frankenthal, Bruchsal, Aichach.

Die Celler RAF-Gefangenen weisen den Vorwurf, einen „Deal mit dem Staat“ geplant zu haben, zurück

Die Simulation einer Wirklichkeit

Letzte Woche konstatierte die RAF-Gefangene Mohnhaupt einen endgültigen Bruch zwischen den Celler Gefangenen und den RAF-Aktiven auf der einen und den übrigen Inhaftierten auf der anderen Seite. Hintergrund waren die Bemühungen der Celler, über den Vermittler Ströbele an Ignatz Bubis und Edzard Reuter heranzutreten. Beide sollten für eine politische Lösung der Gefangenenfrage werben. Nach dem Mohnhaupt-Brief hier die Stellungnahme des Celler Gefangenen Dellwo:

Wir haben weder Reuter noch Kohl noch sonst jemand einen Deal angetragen, wir haben auch keine „Abwicklung“ betrieben, schon gar nicht ist eine „Gesamtlösung“ an irgend jemand herangetragen worden. Es ging um die Frage, ob sich eine „dritte“ Position herstellen läßt, die unabhängig von uns, trotzdem den Bezug zu uns haltend, etwas tun kann. Öffentlich wie nichtöffentlich. Wir haben in zwei Richtungen gesprochen:

Leute suchen, die das, was die RAF und die Gefangenen in den letzten Jahren versucht haben, als vernünftig sehen und deshalb unterstützen wollen; politischen Druck machen in den Reihen der Gegenseite.

Was wir tatsächlich im Frühjahr dieses Jahres gemacht haben, sowohl in politischer Bestimmung, inhaltlichem Umfang und politischem Hintergrund kann man beiliegendem Brief (Auszug) entnehmen, den ich an Brigitte Mohnhaupt Anfang Oktober geschrieben hatte. Auch die anderen Gefangenen haben von diesem Brief Kenntnis.

Der Bruch in der Gefangenengruppe hat seine Vorgeschichte, die lange in die Vergangenheit zurückreicht. Wir werden uns dazu extra äußern. Die Zeit ist zu kurz, um diese Entwicklung hier und heute in ausreichender Klarheit darzulegen. Es ist falsch und Brigitte weiß es, wenn sie behauptet, ihr Leben und ihr Kampf hätten hinter ihrem Rücken abgewickelt werden sollen.

Was Brigitte Mohnhaupt erzählt, ist die Simulation von Wirklichkeit. Das Szenario, das sie mit Erleichterung nach außen trägt, gibt das Bedürfnis wieder, sich der politischen Widersprüche in der Gefangenengruppe, gegenüber der RAF und Teilen der radikalen Linken über moralische Verdächtigungen zu entledigen. In diesem Abspaltungsprozeß wird alles Negative auf uns und die RAF abgeladen, alles Positive für sich reklamiert.

Zu den in dieser Erklärung und den im Anschluß daran in den Medien verbreiteten Mitteilungen, kann ich heute nur sagen:

– Es ist Unsinn, zu behaupten, eine Entwicklung in die politische Agonie habe 1992 damit begonnen, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt worden seien. Wir halten fest: Am 10.4.92 hat die RAF erklärt, sie nehme für den jetzt notwendigen Prozeß die Eskalation zurück. Irmgard Möller hat zurecht und für alle Gefangenen die Erklärung der RAF begrüßt und sich dieser Erklärung angeschlossen. Es ist nirgendwo veröffentlicht, daß Brigitte Mohnhaupt der Erklärung von Irmgard Möller oder der der RAF widersprochen hat. Daß die alte Konzeption RAF nicht zu halten ist, wußten und wissen alle. Helmut Pohl schrieb, daß ihm immer schon bewußt war, daß am Ende eine Aufhebung der RAF steht. Es gibt aus 1992 zahlreiche Äußerungen von Gefangenen, „daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der siebziger und achtziger Jahre unmöglich machen“ (Irmgard Möller, Erklärung für die Gefangenen 15.4.92).

– Brigitte wirft uns vor, wir hätten gemeinsam mit der RAF einen Deal mit dem Staat abschließen wollen. Diese Logik weitergedacht, würde bedeuten zu behaupten, Wolfgang Grams sei beim Abschluß eines Deals erschossen worden. Das kann weder Brigitte Mohnhaupt noch irgend jemand anders ernsthaft meinen.

Die Kälte, die Wolfgang Grams hier trifft, wird zur Zeit gegenüber Birgit Hogefeld fortgesetzt.

– Ströbele hat weder verhandelt noch Zusagen noch sonstige Dealangebote gemacht, er hat vielmehr als jemand, der die ganze Geschichte (der RAF und der Gefangenen) von Anfang an kennt und in ihrer Dialektik einzuschätzen weiß, erklärt und darauf hingewiesen, daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch zerstört und für alles, was daraus kommen mag, dann auch allein die Verantwortung trägt. Ströbele hat als Politiker der Grünen mit Reuter gesprochen gegen die offenkundige Bewegungslosigkeit der Politik. Dafür hatte er unsere Zustimmung.

– Ignatz Bubis hatte kein Verhandlungsmandat. Er ist von Ströbele mit unserem Einverständnis angesprochen worden, ob er sich für die Forderungen der Gefangenen einsetzen will. Zu einem Besuch Bubis' bei uns und einer Darstellung unserer Position ihm gegenüber ist es leider nicht gekommen.

– Mit Bad Kleinen war eine neue Situation da. Das haben wir Ströbele gegenüber definitiv deutlich gemacht, auch, daß alles, was vorher überlegt war, jetzt keine Basis mehr hat. Der Kontakt zu Bubis war davon nicht berührt, weil es hier um die Kommunikation mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zu unserer Situation ging.

Celle, den 29.10.93

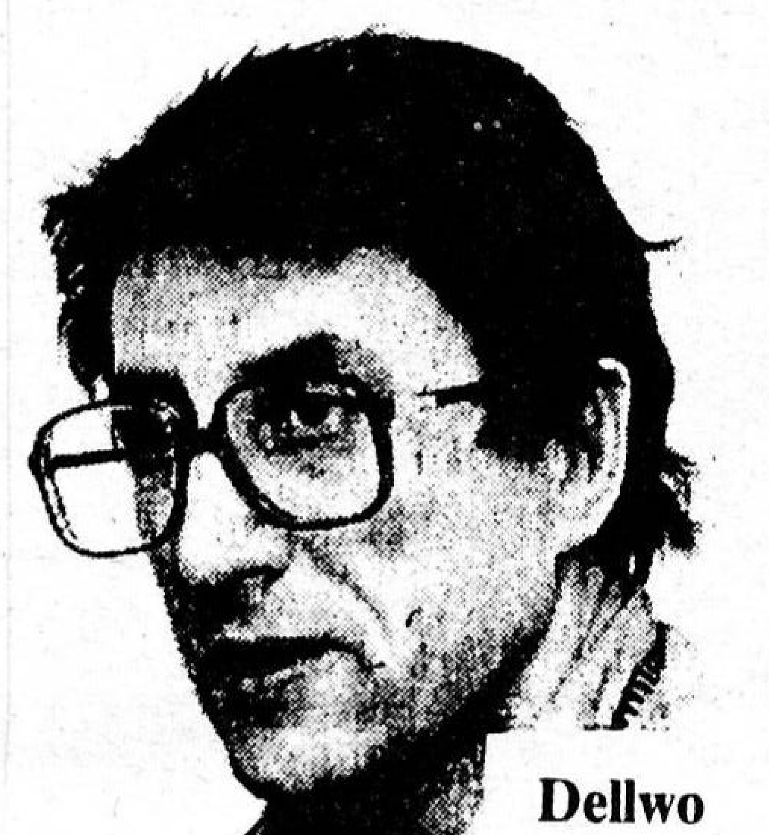
Karl-Heinz Dellwo, auch im Namen von Lutz Taufer und Knut Folkerts und in Verbundenheit mit Birgit Hogefeld



„Von Freiheit weiter denn je entfernt“

■ Karl-Heinz Dellwo in einem Brief von Anfang Oktober an Brigitte Mohnhaupt

Gegen einen subjektiven Zustand zu argumentieren, in dem Wut und Rache dominiert, ist wahrscheinlich aussichtslos. Das auf es wahrscheinlich hinausläuft, wenn die Regierung ihre Haltung nicht ändert. Zu diesem Zweck habe ich mit Ströbele über die Bestimmung lassen sich korrigieren; das Abrutschen in die Objektivationen, da, wo die Politik außerhalb von uns steht und sich selbst Konzept aufzuheben und den Bruch zu halten, aus dem der bewaffnete Kampf früher oder später wiederkehren wird. Wenn gewiß materiellen radikalen Bruch mit den Gesellschaftsverhältnissen. Ein Endzeitbewußtsein über eine historische Periode. Das Wissen, daß wir eine andere Art zu leben und kämpfen finden müssen, daß wir eine neue Revolutionsvorstellung brauchen, den Bezug auf das Subjekt, also Bruch mit der Entfremdung als Orientierungskriterium der Politik, daß wir heute am



Dellwo

einzige, was rauskommen wird an dem, was unter den Gefangenen läuft, ist, daß die Gesellschaft mit einem weiteren sektiererischen Zerfallsprozeß gelangweilt wird. Zur Sache selber will ich aber noch etwas sagen, auch für andere. Ich kann da gut zu stehen.

Ich habe Ströbele kommen lassen vor Monaten aus der Überlegung, daß wir alleine auflaufen werden gegen jene in Politik und Staatsapparat, die in diesem Konflikt längst schon heimisch geworden sind (was ja auch mal alles kritisiert bei uns, daß zu viele sich mit unserer politischen und praktischen Realität arrangieren können). Wir haben in zwei Richtungen gesprochen: Leute suchen, die das, was die RAF und die Gefangenen in den letzten Jahren versucht haben, als vernünftig sehen und deshalb öffentlich unterstützen wollen; Druck machen in den Reihen der Gegenseite.

In ersterem sind wir auf Bubis gekommen. Er wurde angesprochen, was sich als sinnvoll herausstellte. Von ihm kam, daß er selber mit uns sprechen wollte, um direkt zu hören, was wir wollten. Wir haben dem natürlich zugestimmt (und hätten ihm dabei auch vorgeschlagen, nach und nach einige andere Gefangene zu besuchen). Daraus ist bis jetzt nichts geworden, denn Kohl nahm ihn bei irgendeiner Gelegenheit kürzlich beiseite und erklärte, er sei gegen diesen Besuch, „solange Bad Kleinen nicht zu Ende ermittelt sei". Er habe aber Ende September ein Gespräch mit Kohl und Kanther und will dabei auch ansprechen, warum sich nichts getan hat.

Ganz anders bestimmt ist die Reuter-Sache. Es ging darum, daß jemand von „außen" (also außerhalb unseres Zusammenhangs) sie aus einer Einschätzung der Situation heraus, wie er sie selber vertreten kann, auf den Ernst der Lage aufmerksam macht, auf das, worüber sie situation diskutiert.

Auch daß er nicht in unserem Namen reden kann, daß er nicht verhandelt, keine Zusagen macht oder sonst etwas, sondern einfach, daß er als jemand, der die ganze Geschichte von Anfang an kennt und in ihrer Dialektik einzuschätzen weiß, darauf hinweist, daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch zerstört und für alles, was daraus kommen mag, dann auch alleine die Verantwortung hat.

Es war auf der Linie, was wir die letzten 1 3/4 Jahre gemacht haben und, trotz allem, Konsens der Gefangenen entlang unseren Forderungen war: um politische Akzeptanz für unsere Sache zu kämpfen und öffentlichen wie nichtöffentlichen politischen Druck zu machen.

Es erbittert Dich, daß Du nicht gefragt worden bist, daß hier an Dir was vorbei gemacht wurde? Das war für uns auch ein Problem und wir hätten es lieber anders gemacht. Aber was wäre passiert, wenn ich Dir oder Helmut das z.B. vorgeschlagen hätte? Ihr hättet es niedergemacht, wie jede Sache von hier! Die Absurdität dahinter ist der Besitzanspruch! Ihr stellt die Eigentumsfrage an der RAF! Das Mittel dazu ist die Permanenz der Liniendiskussion. Sie klärt natürlich nichts, sie erstickt nur. „An denen, die recht haben, geht jede Idee zugrunde" – und das wird auch nur das Ergebnis sein von Helmuts Erklärung: Bedingungen zerstören. Viel mehr enthält sie ja nicht, außer ein paar Unwahrheiten.

Euch entgrenzt immer alles, weil Euch irgendwie Eure eigene Subjektivität unbegriffen bleibt. Für Eure Ansprüche gegen die draußen seid Ihr derzeit auch am falschen Ort. Auch sind diese nicht gerade durch die Ergebnisse Eurer eigenen Praxis, bei der rauskam, daß die danach von vorne anfangen mußten, legitimiert.

Die Methodik und die politische kreiert, kaum noch. Das haben wir an Euch gesehen, das haben wir selber erfahren und daran krankt bis heute alles.

Ihr sagt zwar selber, daß das Alte nicht fortzusetzen ist, aber es bleibt ein Widerspruch, solange Ihr denkt, daß Ihr die Alten bleiben könnt. Als wäre die Politik der Vergangenheit nur was äußerliches gewesen und hätte nicht auch als Subjektprägung nach „innen" zurückgewirkt. Aber zur „äußeren" Entfremdung lief eben auch die „innere". Mit der kann man nur selber brechen. Statt aus dem zu lernen, wie die es draußen gemacht haben und wie es besonders in der August-Erklärung zum Ausdruck kommt, schmeißt Ihr ihnen Steine in den Weg, wo Ihr nur könnt, Häme, Verachtung, Denunziation. Nicht einmal der Tod von Wolfgang gebietet Euch Einhalt. Das ist das Traurigste.

***

Bin ich auch für eine Gesamtlösung, so bin ich nicht für „abwickeln". Für mich ist nur etwas zu Ende gekommen, wir stecken in der Sackgasse und aus der müssen wir raus. Das meint den anderen Aspekt von „Freiheit", weil's nicht nur um die Freiheit der Gefangenen vom Knast geht. Freiheit meint die eines Neuanfangs und das impliziert auch die „Freiheit" der Genossen draußen dazu. Es geht nicht darum, die Erfahrungen und Geschichte dazu abzuwerfen, sondern sie dafür nutzbar zu machen. Es ging nie um die Frage, „bewaffneter Kampf ja oder nein". Das ist eine nutzlose Fragestellung, die dann nach vorne tritt, wenn die Form den Inhalt ersetzt.

Daß die alte Konzeption RAF nicht zu halten ist, habt Ihr unabhängig meiner Begründung selber gewußt. Helmut schrieb, daß ihm schon immer bewußt war, daß am Ende eine Aufhebung der RAF steht. Und trotzdem scheint es Euch ein Paradox zu bleiben, das auch in anderer Gestalt und auf einer anderen Bestimmung. Wenn man vom Prozeß ausgeht, müßte man begreifen können, daß wir immer in Durchgangsphasen sind. In ihnen durchschreiten wir Räume: hinter der nächsten Tür, um im Bildlichen zu bleiben, ist man vielleicht im Freien oder im nächsten Raum. Aber nicht mehr auf der gleichen Grundlage und im gleichen Zustand. Die letzten 25 Jahre sind ebenso ein Durchgangsstadium gewesen, für uns individuell (das ist aber nicht so wichtig), vor allem aber ein Durchgangsstadium linker Bestimmungen, in politischen Konzeptionen, in der Moral, auch Kultur, vor allem der Praxis. Das gilt also auch für die RAF. Auch sie ist nur ein vorübergehender Ausdruck der Situation, nicht ihre zeitlose Antwort.

Ich glaube aber nicht, daß es das war, was Helmut jüngst veröffentlichte: „... daß jetzt eine Situation Realität wird, aus deren Antizipation wir 20 Jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern". Niemand hat z.B. vorausgesehen, daß die „Ost-West-Demarkationslinie" sich zugunsten des Westens auflöst. Auch haben wir uns zu anderen nicht im Wissen um die kommende Systemkrise unterschieden. Zu prognostizieren, daß die Entwicklung nur bedrohlicher werden kann, dazu gehört nicht viel.

Es gab schon vor uns die Erkenntnis „Sozialismus oder Barbarei". Auch kann's das nicht gewesen sein, die objektive Entwicklung des Kapitalprozesses zu verhindern. So etwas wie die Aufhebung der Arbeit oder Krise des Werts ist gar nicht zu verhindern, es sei denn, durch eine Revolution. Aber das wäre ja nur eine Kinderbegründung, denn um zu ihr kommen zu können, muß der Prozeß überhaupt erst mal da durch.

Was also hatten wir anderen voraus, und an was müssen wir uns messen? Die Entscheidung zum Aufbau von Bewußtsein und Gegenkräften arbeiten müssen, wenn die kommende Systemkrise nicht über uns alle drüberschlagen soll. Und so manches mehr. Aber haben wir die erahnte Krise *erkannt*, theoretisch analysiert, begriffen und also auch die Antwort antizipiert? Die Krise der Arbeit und die Krise des Werts – haben wir sie gesehen, und wo sind dann die Antworten? Und da frag ich gar nicht, wo wir Bewußtsein darüber in der Gesellschaft geschaffen haben, sondern ich frage nach dem Bewußtsein darüber bei uns! Und wo war das in der Praxis?

Ein gesellschaftliches Umkehren wird nicht kommen, wenn es nicht auch aus den Leuten selber kommt, weil die Dinge des Lebens und der Gesellschaft ihnen jede Illusion über ihre Sinnhaftigkeit selber untergraben. Dann müßte man sich neu überlegen, was man macht. Aber deshalb läßt sich was Altes, das uns keinen Aufhebungsschlüssel – so auch keinen Zugang zu anderen – in die Hand gab, halt auch nicht fortsetzen. Eine auf die Gefangenen reduzierte Lösung aus dem „Umbruch" oder der „politischen Grenze" ist weder moralisch noch politisch legitimiert, ganz abgesehen davon, daß sie unrealistisch ist im Hinblick auf die nicht einfach zu ignorierenden Machtverhältnisse hier. Jedenfalls halte ich es für zweifelhaft, daß wir in einer Situation der eigenen wie der gesellschaftlichen Defensive dem Staat Haltungen aufzwingen, die ihm aufzuzwingen wir in sog. „offensiven Zeiten" nicht in der Lage waren. Auch glaube ich nicht mehr daran, obwohl ich es mitvertreten habe und es ja auch schön wäre, daß an uns ein Umkehrungsprozeß möglich ist, weder an der Freiheitsfrage, noch wenn wir weitermachen wie bisher. Das war alles zu einfach gedacht. Vielleicht ist die Spur davon drin, aber zur Umkehrung wird es ganz anderer Inhalte, Kräfte und Formen bedürfen. Und solange wird natürlich auch keine Freiheitskampagne in Gang kommen, wie wir neurotisch Ziele setzen, für die alles, auch bei uns, fehlt, und die Leute spüren, daß ein Graben ist zwischen dem, was wir wollen, und dem, was wir können, und deshalb die Klappe runtermachen, denn Niederlagen haben sie genug gehabt.

***

Ich hatte mal gehofft, wir könnten es gemeinsam schaffen, aus unserer Sackgasse rauszukommen. Als Gruppe sind wir von der Freiheit jetzt weiter entfernt als je zuvor. Die Spaltung der Gefangenen hat das über Bord geworfen, was über zwei Jahrzehnte unangefochten war. Als hättet Ihr irgendeine Frage damit gelöst. Es reicht nicht, die Freiheit zu fordern. Es reicht auch nicht, mit der Fortsetzung einer politischen Konzeption zu drohen, an deren Perspektive niemand mehr glaubt, weder wir, noch der Feind, noch die Linke oder die Gesellschaft. Wir hätten über uns reden müssen, statt über andere und gegeneinander. So wie die das draußen begonnen haben. Nur darin wird man wiedererkennbar, nur das schafft eine Grundlage für Solidarität. Und in dem Rahmen hätten wir darum kämpfen können. Aber Euer Verständnis scheint immer noch, daß sich die Leute immer nur zu Euch hinbewegen müssen. Ich bezweifle, daß das eine Haltung ist, die Revolutionäre kennzeichnet.



Fr. 5.11. um 19.00 Uhr
2.Moabiter Antifa - Kieztreffen,
"Nazis in Moabit", Welche Nazis gibt es in Moabit, wie sind sie aktiv, und was für Möglichkeiten gibt es, gegen sie vorzugehen?
Grundschule Rathenower Str.18

5.11.-15.11. In fünf U-Bahnhöfen(Alexanderplatz, Jannowitzbrücke, Rosenthaler Platz, Oranienburger Tor, Stadtmitte) gestalten ausländische und deutsche Jugendliche **Plakatwände mit Graffitikunst zum Thema Rassismus und Faschismus**

Sa. 6.11. ab 16.00 Uhr:
Antifa - Infotag in Hohenschönhausen
16.30: ***" Wahrheit macht frei"***
17.30: ***" Faschistische Organisierung am Beispiel Nationalistische Front"***
18.30: ***" Von Gewalt halt ich nicht viel - mit Gewalt erreichste ne ganze Menge" Interviews mit rechten Jugendlichen aus Marzahn***
20.00: ***" Von fehlgeleiteten Jugendlichen`und anderen Irrtümern der Sozialarbeit "*** - Veranstaltung mit Beiträgen: - zum staatlichen "Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt", - zu Projekten mit rechten Jugendlichen, - zum Jugendclub Sandow, Cottbus, mit VertreterInnen der dortigen Antifa, **Ort: Infocafe im GRÜZ, Am Berl 17, S - Wartenberg**

TAG DER ANTIPSYCHIATRIE

DRUGSTORE, Potsdamerstraße 180, Schöneberg

Einlaß: 15.00 Uhr Beginn: 16.00 Uhr

Eintritt frei !!

Samstag, den 6. November
ab 20 Uhr
Frauen und Lesbenfete + Disco
für die irischen politischen
gefangenen Frauen in der BRD
im Syndikat, Weisestraße
U-Bahn Boddinstr.

So. 7.11. um 17.00 Uhr
Infoveranstaltung über "Die technische Fraktion der Faschisten im Europaparlament"
Antifacafe Wedding, (Putte, Osloerstr.12, 2HH, 2. Etage)
um 21.00 Uhr: Film über Georg Elser. einen beinahe vergessenen Hitlerattentäter, im **K.O.B., Potsdamerstr.157** (***Der Georg Elser Film wird am nächsten Tag zur gleichen Zeit wiederholt***)

Dialog zwischen der Kali-Frau und einem ZDF-Mann, Bischofferode, Kalischacht "Thomas Müntzer"

ZDF-Mann (routiniert): Sie sind im Hungerstreik?
Kali-Frau (selbstverständlich): Ja, natürlich.
ZDF-Mann (kann nicht anders): Und Ihr Mann, streikt der auch Hunger?
Kali-Frau (sachlich): Ich bin Witwe.

5 Minuten später.

ZDF-Mann (nicht bemerkend, daß er dieselbe interviewt): Wie lange sind Sie im Hungerstreik?
Kali-Frau (noch geduldig): 20 Tage.
ZDF-Mann (kann nicht anders): Und Ihr Mann, wie lange ist der im Hungerstreik?
Kali-Frau (Geduld verlierend): Seit drei Jahren!
ZDF-Mann (verdutzt): Seit drei Jahren? Donnerwetter!

TAUSCHMARKT

WIR SCHEIßEN AUF EUER GELD
TEIL: II

WAS WIR WOLLEN!:
- ★ KEIN GELD FÜR ALLE
- ★ SOFORTIGE AUFHEBUNG DES KLAUVERBOTS** IN KAUFHÄUSERN UND SUPERMARKTKETTEN
- ★ BEZAHLUNG DER POLITIKERDIÄTEN IN FORM VON LEBENSMITTELMARKEN
- ★ ESSEN, TRINKEN UND WOHNUNGEN FÜR ALLE
- ★ 167 STUNDENWOCHE FÜR GROSSUNTERNEHMER
- ★ RAUS AUS DEM KAPITALISTISCHEN GELDSYSTEM REIN INS VERGNÜGEN

*TAUSCHMARKT IST.....
FÜR ALLE DA
SPAß OHNE GELD
FÜR ARME LEUTE
ALLES GEGEN ALLES TAUSCHEN!

"WAS VOM WAGEN FÄLLT, GEHÖRT DEM, DER DEM WAGEN FOLGT"
(ZIGEUNER SPRICHWORT)

JEDEN 1. SONNTAG IM MONAT
DIESMAL: 7.11. AB: 14°° IM: Drugstore
POTSDAMERSTR. 180 2. STOCK
U-BAHN: KLEISTPARK

Vom 8.11 - 12.11.1993
Geplantes Treffen der Faschisten aus dem Europaparlament in Berlin
ACHTET AUF KURZFRISTIGE MOBILISIERUNGEN!!!

KOMMT ZUR

4. ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION in MOABIT

DI. 9 Nov. '93 17°°Uhr

U9 Bahnhof Turmstraße (vor Hertie)



im rahmen des sweiwöchigen poliTkinos im SO 36
di + mi 9.+1o.november 14⁰⁰- 18⁰⁰
kleine fotoausstellumg sur revolution 1918 in berlin
-an beiden tagen jeweils 19³⁰ 'NOVEMBERREVOLUTION 1918'
DDR film von 1982 mit dokumentaraufnahmen



(revolutionäre matrosen im besetzten marstall des berliner schlosses-1918)

Mi. 10.11.um 18.00 Uhr:

Film,"Die Wahrheit liegt in Rostock".

"Am 21.9.1992, kurz nach dem > Rudolf Hess Gedenkmarsch < von ca. 2000 Nazis in Rudolstadt, eskalierten die Pogrome von Rostock Lichtenhagen. Bereits die Augustausgabe der NF - Zeitung `Aufbruch´ erschien mit dem Titel > ..come together in Rostock < . Die Faschos nutzten den Aufmarsch zur Mobilisierung...

Dieser Film ist das Ergebnis einer 6 - monatigen Recherche einer englischen und einer Rostocker Filminitiativein Kooperation mit örtlichen Antifa - Gruppen und vietnamesischen BewohnerInnen des angegriffenen Gebäudekomplexes. Der Film versucht ein Bild zu vermitteln, in welchem gesellschaftlichen Umfeld alltäglicher rassistischer Übergriffe die Pogrome entstehen konnten. Er verdeutlicht in einer Reihe von Interviews, welche Drahtzieher und Hintermänner am Werke waren und nach wie vor sind.", anschließend Diskussion

Aula des Andreasgymnasiums Koppenstr.74 U5 Strausberger Platz, S Hauptbahnhof

Schweineschulter
frisch, ohne Knochen, mit Schwarte, 1000 g
4.99

Fußball Fanladen "ANSTOSS" / Mitte
jeden Samstag
ab 17.00 Uhr

VOLXKÜCHE

und

DDR - Antiquariat

(1.000 Bücher, alle Richtungen)

U8 Rosenthaler Pl.

"ANSTOSS"
Brunnenstr 7
10119 Bln



letzte Olympische Nacht

Widerstand ist nie umsonst !

Wer ein Känguruh mitbringt,
kriegt eine Flasche Sekt

Fr. 12.11. 22 Uhr im Ex, Gneisenaustr. 2a:

Rinderhesse
frisch
1000 g
9.99

So 14.11.

Verhindern wir den Nazi-Aufmarsch in Halbe oder sonstwo

dazu gibt es Vollversammlungen am 21.10. 20.00 Uhr,(Versammlungsraum Mehringhof) 28.10. gleicher Ort gleiche Zeit (NUR FRAUEN/LESBEN) und am 12.11. noch eine Abschluß - VV

ab 28.10.: 250 vierteilige Plakatreihen mit Informationen über das Berliner Umfeld der Technischen Fraktion der Faschisten im Europaparlament werden in der ganzen Stadt in Kneipen und Läden hängen.Wer welche aufhängen möchte, kann sich beim Infotelefon melden.

In beiden Wochen:

Mo, Di, Mi 14 - 16 Uhr
Infotelefon: 7865917, Fax 7869984 ;
9.11. + 14.11. ab 14.00 Uhr

Zentrum interdisziplinäre Frauenforschung
Mittelstraße 7/8, 10099 Berlin, Tel.: 2093 2135

Zeit: donnerstags 14-16 Uhr ***Ort: Hauptgebäude, Raum 2014a***

11.11.93	Cornelia Höhling: Die ungleiche Gleichheit - Wiederbelebung traditioneller Argumentationsmuster zur Frauenfrage im Islam
18.11.93	Frau Teherani-Krönner: Die Unsichtbarmachung von fremden Frauen. Die Frau in der ländlichen Entwicklung
25.11.93	Helga Lumer: Literatur von Indianerfrauen in Nordamerika. Leben in zwei Welten

FRAUENLESBEN SOLI FETE

FÜR GEFANGENE IRISCHE FRAUEN IN DER BRD

SAMSTAG 6. NOV. 93 21°° IM SYNDIKAT, WEISESTR